

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
24 (1910)**

9 (12.1.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-530305](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-530305)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Communion und geistlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Briefporto 75 Pfg., bei Zahlweise 65 Pfg., durch die Post bezogen Vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Briefporto.

Mit
Sonntagsbeilage.

Inserate werden die fünfgeheftige Korrespondenz oder deren Raum für die Inserenten in Württemberg, Baden und Ungarn, sowie der Staaten mit 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale in Heppens: Ulmenstraße 24. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Bant, Mittwoch den 12. Januar 1910.

Nr. 9.

Die Ergebnisse der Postkonferenz.

Am 7. und 8. Januar fand bekanntlich in Berlin eine Konferenz der Reichspostverwaltung mit Vertretern des Handels, der Industrie und Landwirtschaft statt, der die Aufgabe gestellt war, einige strittige Fragen des Postwesens zu besprechen. Dem offiziellen Bericht über die Konferenz entnehmen wir das folgende:

Die von der „Post“ gewünschte Mitwirkung des Publikums bei der Ausführung von Posteinlieferungscheinen fand allgemeine Billigung. Es wurde für zweckmäßig und erwünscht erachtet, für die Gebührensabgaben, sofern sie nicht mittels Posteinlieferungscheines oder Einlieferungslisten bewirkt werden, nur die neuhergestellten Formulare von Postanweisungen mit anhängendem Einlieferungscheine zu verwenden, und die Ausführung des Einlieferungscheines, wie bei den Zahlkarten im Post-Überweisungsvorkehr dem Publikum zu übertragen. Eine Änderung des Preises der Formulare wird aus diesem Anlaß nicht beabsichtigt. Ebenso wurde es als ein Fortschritt begrüßt, daß in geeigneten Fällen die Ausfertigung von Posteinlieferungscheinen dem Publikum überlassen werden soll. Es ist beabsichtigt, zu diesem Zweck besondere Posteinlieferungscheine in Schwarzdruck herzustellen und den Interessenten kostenlos zu überlassen. Die vom Publikum ausgefertigten Posteinlieferungscheine beider Art sollen einen Abdruck des Tagesstempels enthalten.

Ferner wurde es als erwünscht bezeichnet, Absenden von Paketen auf besondere Wunsch die Möglichkeit der Erlangung einer Einlieferungsbescheinigung zu schaffen. Das von der Postverwaltung hierfür in Aussicht genommene Verfahren und die Erhebung einer Gebühr von 10 Pfg. für jede Bescheinigung, die zureichendfalls mehrere zu einer Paketadresse vereinigte Pakete umfassen kann, wurde genehmigt.

Einem weiteren Beratungsgegenstand bildete die Behandlung der Briefbefehle. Es wurde als nicht erwünscht bezeichnet, die Benutzung von Briefbefehlen auszufällen oder auf volljährige Personen zu beschränken. Die Einführung von Postlagertanen zwecks Ausbündigung von Briefbücheln an bestimmte Personen fand Zustimmung. Postlagertanen sollen bei jedem Postamt für dort abzuholende Briefsendungen gegen eine Gebühr von 25 Pfg. auf die Dauer eines Monatsraumes ausgestellt werden. Der Inhaber erwirkt die Berechtigung zur alleinigen Empfangnahme von Sendungen, die unter der in der Karte angegebenen Adresse, z. B. Postlagertane Nr. 42, Berlin W 8, eingehen. Die Gültigkeit kann auf Wunsch gegen Entschädigung einer weiteren Gebühr um den gleichen Zeitraum verlängert werden. Die Karten werden nicht auf bestimmte Namen ausgestellt, der Antragsteller braucht sich über seine Person nicht auszuweisen.

Eine längere Erörterung entspann sich über die im Postnahmeverfahren hervorgerufenen Mängel. Die Vertreter waren in der Mehrheit der Ansicht, daß es mit Rücksicht auf den Umfang, den der Postnahmeverkehr angenommen hätte, und auf die Schwierigkeiten, die sich in vielen Fällen der sofortigen Einlösung der Maßnahmen durch die Empfänger entgegenstellen, ohne schwere Schädigung berechtigter Interessen weder angängig sei, die Einlösungsfrist abzukürzen, noch die zweite Vorlegung von der Entrichtung einer Gebühr durch den Empfänger abhängig zu machen. Dagegen bestand allgemeine Genehmigung, daß für eine Einziehung von Maßnahmen und Paketen Formulare obligatorisch eingeführt würden, die aus der Nachnahmefarte bzw. der Paketadresse und einer daran anhängenden Postanweisung bestehen.

Zum Schluß behandelte die Konferenz die Wiedereinführung des Postanfunfstempels; von der Geschäftsverwaltung wird dringend verlangt, daß der Anfunfstempel wieder eingeführt wird, während die Vertreter der Postverwaltung ausführen, die Aufhebung des Stempels sei von wesentlicher Bedeutung für die Befreiung und Sicherstellung der Ausbündigung der Briefe gewesen. Die Bescheinigung habe bis 20 Minuten betragen. Bei vielen Postanstalten würden namentlich Briefe in frühere Bestellungen hineingenommen. Die Postverwaltung habe den Angaben der Handelskammern, die den Anfunfstempel insbesondere der Kontrolle wegen reklamieren, volle Würdigung zugewendet. Sie habe aber nicht weiter gehen können, als den Anfunfstempel bei Einschreib- und Eilbriefsendungen, die so wie so einer besonderen Behandlung bedürften, wieder einzuführen. Die Reichspostverwaltung bezieht sich nochmalige Prüfung und definitive Stellungnahme vor.

Politische Rundschau.

Bant, 11. Januar.

Gegen die Plottenheher.

Wohl auf keinem Gebiete der Politik werden die Völker so gegeneinandergerichtet, wie gerade auf dem der Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Vor kurzem verbreitete die Londoner Daily Mail die Nachricht, daß bei festlichen Anlässen auf deutschen Schiffen stets auf den Tag der Abrechnung mit England getrunken werde. Die Meldung wurde aber sofort nach Bekanntwerden von einem Mitglied des königlichen Hauses dementiert. Später hat ein Herr G. Weich aus London sich an den deutschen Kaiser gewandt um Aufklärung der Angelegenheit. Das Gesandte des Herrn Weich ist jetzt von dem Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes — das Schreiben ist unterzeichnet vom Vorstand des Büreaus, Fregattenkapitän Hellweg — beantwortet worden. In der Antwort werden die Veröffentlichungen der Daily Mail als eine erfundene Geschichte bezeichnet. Die Meldung entbehre nicht nur jeder Begründung, sondern es beständen auch keinerlei Tatsachen, die als Grundlage für die Behauptung hätten dienen können. Dann heißt es in dem Schreiben wörtlich weiter:

Die deutschen Seesoldaten, die die höchste Achtung für ihre britischen Kameraden hegen und eine ebenso große Meinung von ihren Fähigkeiten haben, und die einen Keil zwischen England und Deutschland als eine große Schandtat betrachten würden, müssen einen Toast dieser Art für ein verächtliches Stück Feindschaft halten. Anherdem würde die gute Erziehung jeden deutschen Marineoffizier veranlassen, einen solchen abfälligen Toast als eine grobe Unschicklichkeit zu betrachten, die zu begeben ihm kein Tauggefühl überzeuget verbieten würde. Indes sind die deutschen Offiziere überzeugt, daß ihre britischen Kameraden auch nicht im geringsten an die Möglichkeit geknüpft haben, daß dieser Toast irgend ein Körnchen Wahrheit enthalten könne.

Deutsches Reich.

Das höchste Ziel der preussischen Verwaltung.

Der aus dem Amt scheidende Regierungspräsident v. Welcher hielt in Münster bei der offiziellen Abschiedsfeier eine Rede, in der er das in zahlreichen Zeitungsberichten ihm spendete Lob zurückwies und dann folgendes aussprach:

„Ein Verdienst aber, meine Herren, schreibe ich mir allerdings zu, und das ist, daß ich die großen, idealen Sätze, die einen Bestehenden der Bevölkerung unseres Regierungsbezirktes Münster bilden, soweit dies irgend in meinen Kräften stand und soweit mich meine amtlichen Funktionen dazu befähigten und ermächtigten, geschätzt und gewahrt habe. Das ist mein größtes und höchstes Ziel in meiner Verwaltung gewesen, und ich möchte glauben, daß ich darin nicht ganz unglücklich gewesen bin. Ich bin stolz darauf, zu sagen, daß die Bestrebungen des Amtstrages in der eingetragenen Bevölkerung des Regierungsbezirktes mangellos abgefließen sind; ich bin stolz darauf, daß der Regierungsbezirk Münster der Sozialdemokratie der beherrschte Regierungsbezirk im ganzen preussischen Staat und im ganzen deutschen Vaterlande ist.“

Es ist uns nicht unbekannt, daß der preussische Bureaukrat seine Hauptaufgabe darin sieht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und ihren Bestrebungen sich hindernd in den Weg zu stellen. Nicht immer wird dies aber so klar und deutlich ausgesprochen, wie es der Regierungspräsident a. D. getan hat.

Berlin, 11. Januar. Das Reichskolonialamt hat für das Jahr 1910 die geplante Erforschung des Kaiser-Wilhelm-Landes (Deutsch-Neuguinea) in Aussicht genommen. Es ist eine Dauer von acht Monaten für die Erforschung angelegt. Man will eine Grundfläche gewinnen für eine Verabreichung zur Erhebung der fehligen linearen Grenze durch eine natürliche.

Zur Fusion der freisinnigen Parteien. Der Gesamtverband des Wahlvereins der Liberalen (Freisinnige Vereinigung) hat in einer in Berlin abgehaltenen Sitzung zu dem Bierzweck die drei liberalen Fraktionen ausgearbeiteten Einigungsprogramm in folgender Resolution Stellung genommen:

Der Vorstand des Wahlvereins der Liberalen stimmt der Einigung der drei liberalen Parteien zu und beschließt, dem möglichst im Monat Februar einzuverfassenden

Delegiertentag zu empfehlen, den durch den Bierzweck vorgeschlagenen Entwurf eines Einigungsprogramms und eines Organisationsstatuts nebst Übergangsbestimmungen anzunehmen, mit der Maßgabe, daß in das Organisationsstatut noch ein Absatz über die Rechte und Pflichten der Mitglieder aufgenommen und daß die Zahl der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses von 16 auf 17 erhöht wird.

Defizit im preussischen Etat. Der neue preussische Etat schließt mit einem Defizit von 93 Millionen Mark ab. Die Befolungsreform hat volle 200 Millionen Mark erfordert — wesentlich mehr als man annahm — und da auch aus den Eisenbahnen nicht so hohe Ueberschüsse herauszuholen sind, so haben alle Anstrengungen das Defizit nicht verhindern können.

Eine neue Steuerbelastung. Die Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnerwartungen, die sicher genau orientiert ist, meldet, daß die Reichsregierung nicht daran denke, die Eisenbahn-Fahrtkartensteuer aufzuheben; im Gegenteil: sie soll noch auf die vierte Klasse ausgebeutet werden! Im Namen der Volksgenossenschaft haben die Majoritätsparteien 1906 die Fahrkarten vierte Klasse von der Besteuerung freigelassen, im Namen der Gleichmäßigkeit und der Gerechtigkeit wird nunmehr die Revision der volksgenossenschaftlichen Bestimmung gefordert. Mit der Fahrkartensteuer ist ganz Deutschland eine echt preussische Kulturerrungenschaft aufgezogen worden, die denn auch bewirkte, daß in Süddeutschland die früher ungeliebte Einziehung der vierten Klasse nun entstanden ist. So verkehrsreichlich und sinnlos die gesamte Fahrkartensteuer ist, gegenüber der vierten Klasse bedeutet sie eine besondere Niedertracht. Sind es doch die „untern“ Klassen der Eisenbahn, die die „obern“ Klassen subventionieren, denn mit den Einnahmen aus der dritten und vierten Klasse werden die Ausfälle des Betriebs der ersten und zweiten Klasse gedeckt. Systematisch wird dem arbeitenden Volke von den Edelliten der Nationen der Bekehr verweigert, es ist die Collin-Methode, die auch hier planmäßig zur Anwendung gelangt. Das Volk soll nicht nur schlecht, sondern auch teuer fahren.

Aus dem höchsten Landtage. Am Montag trat die Zweite Kammer des sächsischen Landtages wieder zu ihren Beratungen zusammen. Es finden lediglich Deputations-Sitzungen statt. Ein wichtiger Beschluß wurde in der Gesetzgebungs-Deputation gefaßt. In dritter Lesung wurde mit zwölf Stimmen der Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Freisinnigen gegen sechs konervative Stimmen beschlossen, bei dem Gesetz betreffs der Anstellung von Rade- und Fackelherren, die Pensionen des Staates zu überweisen, trotzdem die Regierungsvorleiter diese Forderung ablehnten. Es zeigte sich in dieser Abstimmung die neuen, durch die Wahl herbeigeführten Parteienverhältnisse im Landtage. Aus dem Gebiete der Schule wird sich eine Majorität für den kulturellen Ausbau der Schulen auch bei späteren Gelegenheiten finden.

Lehrer und Militärs. Sechzehn Volksschullehrer, die in Magdeburg im Auftrage der Militärbehörde einen Unterrichtskursus für Aspiranten und Militäranwärter leiteten, sind in aller Form in den Streit eingetreten. Sie erhielten bisher für die Stunde ein Unterrichtshonorar von 2 Mark. Bei einer Regelung des Unterrichtswesens wurde ihnen nun 2,50 Mark pro Stunde in Aussicht gestellt. Deutschnacht hielt das Generalkommando später den Satz von 2 Mark für ausreichend, obwohl bei anderen Orten die Lehrer ein Stundenhonorar von 3 Mark erhalten. Da nun außerdem eine Erweiterung des Lehrplanes und eine Verneuerung der schriftlichen Arbeiten erfolgte, erklärten die sechzehn Lehrer, für den alten Honorarjah den Unterricht nicht wieder zu übernehmen bzw. weiterzuführen zu wollen. Sie haben sich in einem Flugblatt an ihre Kollegen gewandt, in dem sie um Unterstützung und Solidarität ersuchen.

Weitere Maßregelungen in Rattowitz. Die Maßregelungen wegen polnischer Abtunung greifen jetzt auch auf Privatbetriebe über. Wie der Oberschlesische Courier meldet, wurde von den Hohenlohe-Werken dem Markschieder-assistenten Wenzel wegen seiner Abtunung bei den Rattowitzer Stadtverordnetenwahlen gekündigt. Es sollen noch weitere drei Beamte der Hohenlohe-Werke gemäßigelt werden; diese Beamten haben aber sechsmonatliche Kündigung, die erst am 15. Februar auf 1. April erfolgen kann.

Die Beschlagnahme russischer Staatsgelder. Wie der „Ruffe“ meldet, soll die russische Regierung beschließen haben, eine neue, schärfer gefaßte russische Note nach Berlin gelangen zu lassen, die auf die Eventualität einer Zurückziehung russischer Staatsgelder aus Deutschland hinweisen soll.

Arbeitslosen demonstration. Vor dem neuen Rathaus in Leipzig kam es am Montag vormittag zu p. 11/11

Demonstrationen Arbeitsloser. Der Bürgermeister soll, wie berichtet wird, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten in Aussicht gestellt haben. Die Demonstration verlief ruhig; Ausschreitungen kamen nicht vor.

Wie deutsche Bürger bewormundet werden. Aus Dresden schreibt man der Berliner Volkszeitung: Ein Ansehen erregender Zwischenfall trug sich bei der Beisetzung eines sehr bekannten Dresdener Sozialdemokraten, des früheren Gemeinderatsmitgliedes und Schulvorstandes Altemans Hanslich in Niederbachsch zu. Hanslich hatte kurz vor seinem Tode bestimmt, daß er ohne kirchliche Zeremonie beerdigt sein wolle; diesem Wunsche wurde seitens der Angehörigen Rechnung getragen, doch wünschte die Sängerkabteilung des Arbeitertumvereins, am Grabe des toten Genossen ein oder zwei Lieder zu singen. Der Vorstand des Arbeitertumvereins nahm deshalb auf dem Pfarramt mit dem Pfarrer Jensch Rücksprache. Dieser aber erklärte: „Ich kann das Singen am Grabe weder verbieten noch gestatten. Durch Ordinarat aber ist bestimmt, daß alle Ehrungen des Bestorbenen in diesem Falle zu unterbleiben haben, weil das Begräbnis ein unsägliches ist.“ Die Arbeiterkammer beschloß nun, auf Grund dieser Auskunft des Geistlichen von einem Befang am Grabe Abstand zu nehmen, dafür aber während der Beisetzung außerhalb des Friedhofes auf einer benachbarten Wiese einige Lieder zu singen. Zu dem Zweck holten sie sich sofort die Erlaubnis des Besitzers der Wiese ein, die auch ansichtslos erteilt wurde. Als nun in der Gruft gesenkt wurde, erlöste von der Wiese her das Lied: „Still ruht dein Herz!“ Naheher schritt die Polizei ein (1) und unterlagte den Sängern das Weiterfragen. „Wir sind außerhalb des Friedhofes und haben außerdem noch die Erlaubnis des Besitzers der Wiese,“ entgegnete die gebildeten Sänger. Der Gendarm war aber mit dieser Antwort nicht zufrieden, verlangte vielmehr die Vorzeigung des Erlaubnisheimes (2), den die Sänger sich nicht hatten ausstellen lassen, und verbot das Singen auf neue. Er machte die Sänger gleichzeitig darauf aufmerksam, daß sie sich über seine Anordnungen bei seiner vorgehenden Dienstbehörde beschweren könnten. Zwei Strophen des Liedes waren gesungen, auf dem benachbarten Friedhofe hatte man inzwischen den Toten in die Gruft gesenkt, und um die Leidtragenden am Grabe nicht durch eine Szene zu stören, hielten sich die Sänger dem Verbot der Polizei und gingen auseinander. Auf dem Friedhofe selbst aber patrouillierte ein Schutzmann auf und ab und harpte so lange auf seinem Vohm aus, bis die letzten Teilnehmer des Begräbnisses die Rückseite des Toten verlassen hatten. Ein deutsches Kulturbild aus dem zwanzigsten Jahrhundert!

Eine Hebererziehung. In Rothenburg bei Götting sollte dem Hauslehrer Ebertin, der über 40 Jahre im Schuldienste gestanden hatte und zwar 30 Jahre in seiner letzten Stellung, bei seinem Scheiden aus dem Amte eine Auszeichnung verliehen werden. Für die Hebererziehung wurde ein Preisfest inszeniert. Die Lehrer und der Schulvorstand versammelten sich und der Kreisinspektors pries in einer Ansprache die Verdienste des Scheidenden um die Erziehung der Jugend. Als Zeichen der Anerkennung seiner Tätigkeit durch die vorgeleitete Behörde überreichte er ihm den Adler der Inhaber des Hauslehrers der Hohenzollern. Zur allgemeinen Ueberzeugung hielt der Hauslehrer Ebertin seine Dankrede, sondern erklärte kurz und bündig, daß er den Orden ablehne. Unter allgemeiner Verblüffung gingen die Festteilnehmer auseinander. — Der Mann hat sicher Grund zu seinem Verhalten; er wird sich aber ebenso sicher den Daß der „Gutgesinnten“ zugezogen haben.

Ein merkwürdiges Urteil. Das Schöffengericht in Hettstedt hat einen Bergarbeiter zu Strafe verurteilt, weil er eine angeblich politische Versammlung, in der Abg. Wendt eine Rede aufgetreten war, nicht angemeldet hatte. Zum Beweis dafür, daß die Versammlung eine politische war, führte der Richter in der Begründung des Urteils aus:

„Als Hauptredner trat der Reichstagsabgeordnete Sachle, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, auf. Er sprach von der schlimmen Lage der Mansfelder Bergarbeiter, ihren schlechten Löhnen, ihrer unwürdigen Behandlung durch die Vorgesetzten, von der schlechten Lage der Arbeiter im allgemeinen, ihrer Ausbeutung durch die Besitzenden. Seine Rede gipfelte darin, daß zur Abstellung aller dieser Mißstände der bisherige arbeitereindliche Abgeordnete des Mansfelder Kreises, Dr. Krenndt, nicht wieder gewählt werden dürfe, sondern daß ein Mann, der Mut und Herz auf dem rechten Fied hätte, gewählt werden müsse.“

Es heißt dann in den Urteilsgründen weiter: „Von der Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen, d. h. von einer Besserung ihres privatrechtlichen Arbeitsvertrages gegenüber der Mansfelder Gewerkschaft war gar keine Rede. Nach der ganzen Sachlage war es auch ausnahmslos. Der Abg. Sachle, der den Wahlkreis für die Sozialdemokratie gewinnen wollte, hat daran durchaus kein Interesse. Es wäre für seine Partei durchaus unvorteilhaft, wenn die Mansfelder Berg- und Hüttenleute von der Gewerkschaft günstigerer Arbeitsbedingungen erlangen könnten, insofern sie zufrieden gestellt würden; so dürfte er den Abg. Sachle nicht als Redner zulassen oder gar hinzuziehen. Er hätte ihn im Gegenteil fern halten müssen, weil Sachle zum Vorteil seiner Partei nur ein Interesse daran hat, daß die Mansfelder Arbeiter mit ihrem Arbeitsverhältnis zur Gewerkschaft möglichst unzufrieden sind.“

Belgien.

Die kirchliche Trauung des verstorbenen Königs Leopold verurteilt im Lande viele Kopfschmerzen. Die katholische Kirche hat nämlich offiziell die kirchliche Trauung Leopolds mit Karoline Delacroix, spätere Gräfin Vaughan, als zu Recht bestehend anerkannt. Nun weiß man aber noch immer nicht, wann und wo die Trauung stattgefunden hat. Nach

dem belgischen Recht kann der Priester auf dem Krankenbett eine Trauung vornehmen, die dann auch vor den Zivilgesetzen Gültigkeit hat. Hat hier die Trauung auf diese Weise stattgefunden, dann würden die Kinder der Gräfin Vaughan legitim sein.

Die liberalen Blätter greifen der Sache scharf auf den Grund. Die linksliberale Chronique schreibt: „Am Tage nach seinem Tode um zu Ehren des Königs Albert ließ der Erzbischof von Mecheln den Hitenbrief los, in dem er offenbarte, daß für die römische Kirche ein Thronpräsident existiert. In der Tat! Wenn der Erzbischof uns in dieser Form die kirchliche Trauung Leopolds II. mit Gräfin Delacroix de Vaughan notifiziert, muß er notwendig daraus folgern, daß das älteste Kind aus dieser Ehe der kirchlich legitime Wlkomme Leopolds II. ist und mithin den Thron bestiegen müßte — unter der Regenschaft seiner Königin-Mutter oder seines Onkels mütterlicherseits, ohne Zweifel. Wenn die kirchliche Einsegnung wirklich, wie der Erzbischof von Mecheln behauptet, eine eheliche Trauung ist, müßten die loyalistischen Katholiken für die Sache des jungen Wädendenten eintreten und rufen: „Es lebe Leopold III.“

Raum ist die Frage, ob Leopold II. und die „Baronin Vaughan“ verheiratet waren, von den belgischen Bischöfen beantwortet worden, da wird im Ernst die Frage aufgeworfen, ob die Vermählung Alberts I. mit der Prinzessin Elisabeth von Bayern nach der belgischen Verfassung gültig sei. Artikel 60 der Verfassung Belgiens bestimmt in der Tat, daß die Ehe eines Prinzen, der zur Thronfolge berufen sein kann, durch mütterlichen, vom König unterzeichneten Beschluß genehmigt werden muß. Bei Gelegenheit der Vermählung des Königs Albert im Jahre 1900 ist aber keine derartige Autorisation im Moniteur erschienen.

Mehrere Zeitungen sprechen die Vermutung unumwunden aus und erblicken in dem Hitenbrief den Beginn heftiger Intrigen gegen König Albert, der bekanntlich kein Schlägler ist. Mit Nachdruck wird daher von der katholischen Kirche die Heirat Alberts Leopolds anerkannt und dagegen König Albert bekämpft. Keine Söhne des Thrones!

Nicaragua.

Eine Einmischung Englands. Senor Castillo, der Vertreter Estradas, des rebellischen Generals, der auf den Präsidentenstuhl der Republik Nicaragua zu gelangen hofft, sandte ein Telegramm aus Bluefields, das lautet: „Ein englisches Kriegsschiff hat sich in die Schladt von San Juan del Norte (Oreintown) eingeschifft. Teilen Sie dies dem amerikanischen Ministerium des Aeußeren mit. Estrada.“ Die New York World meldet, daß man in Washington der Einmischung Englands in Nicaragua vorzuziehen suche. Der englische Kreuzer Esylla befindet sich seit geraumer Zeit in Bluefields.

Neue politische Nachrichten. Das Reichsgericht hat die Revillon Peter Ganters, der wegen seines Buches Doppelte Wera zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, verwiesen. — Der Reichs-Vorzech des badischen Landtagsabgeordneten Seibert wurde am den 22. Januar vertagt. — Die chinesische Marinekommission beschloß am Montag in Sien die Kruppische Geschützfabrik und zwar die Geschützerei und das Panzerplattenwerk. Heute verließ die Kommission nach dem Anmarsch Schichang in Wuygen. — Die Gründung eines Salpeter-Werks in Chile bevor. — In San Esteban bei Valeramo wurde der Eisenbahner Ignatio Cuatro von zahlreichen Dolchstichen durchbohrt ist in seinem Bett aufgefunden. Der Mörder hat sich nach der Tat ruhig die Hände gewaschen, sich an den Tisch gesetzt und einer Flasche alten Brandy Wein den Hals getrunken. Das Verbrechen wird als Mordakt der Mafia bezeichnet.

Arbeiter! Bürger!

Wählt die Kandidaten der vereinigten Bürgervereine von Bant und Neuende!

Soziales.

Bant, 11. Januar.

Zur Gemeinderatswahl.

Um was kämpfen die vereinigten Bürgervereine? In der Generalversammlung des Bürgervereins Neuremen, die sich auch mit den bevorstehenden Gemeinderatswahlen im Amt Rüstingen und mit der geplanten Stadtbildung beschäftigte, gab das Bürgervereinsmitglied Paul Hug im Laufe der Diskussion einen interessanten Ueberblick über die Situation. Er wies darauf hin, daß sich der Bürgerverein Gemeindevorstand mit dem Hausbesitzerverein durch die Aufstellung der neuen Kandidatenliste mit den Stadt Freunden in den denkbar größten Widerspruch verkehrt haben zu ihrem gemeinsamen Hauptwerk, der Vertition an den Landtag gegen die geplante Stadtbildung. Nicht genug könne auch die Tatsache hervorgerufen werden, daß für die Herren am Steuer die Stadtbildungsfrage bisher eine politische war; nun auf einmal soll sie aber nur eine wirtschaftliche sein! Die Herren wollen lediglich das Pluralwahlrecht des Grundbesitzes debattieren. Das es zur Stadtbildung kommen muß, ist ihnen auch klar; aber sie wollen es hierzu nicht kommen lassen, ohne das Pluralwahlrecht. Da dieses für den ganzen Bezirk schwer erreichbar ist, wollen sie aus Bant allein eine Stadt machen. Wir erwarten, daß das heilige Wahlrecht befeitigt wird, und es muß befeitigt werden! Die Stadtfreunde im liberalen Lager akzeptieren auch die Regierungsvorlage mit dem Verhältniswahlrecht; aber die anderen hoffen noch immer, daß die Regierung das Pluralwahlrecht beibehält, da man im Herzogtum Oldenburg noch immer für das Pluralwahlrecht eingenommen sei. Was von ihrer Seite hierzu getan werden könne, das werde auch getan.

Es muß daher hier bei der bevorstehenden Wahl ein Gemeinderat gewählt werden, der gegen das Pluralwahlrecht ist. Die Kandidaten der vereinigten Bürgervereine sind Gegner des hier bestehenden Ausnahmewahlrechts, und da auch die Mehrzahl der Wähler und Gemeindevorsteher Gegner des Pluralwahlrechts sind, so müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn nicht die sämtlichen Nichtbesitzer begreifen wollten, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, das Pluralwahlrecht zu beiseitigen und das gleiche Wahlrecht zu erobert!

Dann muß gesagt werden, daß es Spiegelschere ist, wenn gesagt wird, die Herren Jhrs, Herrich, Jansen u. hätten aus Zeitmangel, geschäftlichen Gründen u. geben, von der Kandidatur zurücktreten zu dürfen. Hinter der Kulissen ist die neue Liste aufgestellt worden und da bei man diese Herren veranlaßt, zurückzutreten zugunsten des Stadtfreunde; von selbst sind sie nicht abgetreten. Es liegt das aber in dem Mangel an politischem Charakter dieser Leute.

Herr Steder hat nach einem Bericht der Wdh. Ztg. gesagt, die Herren auf der ersten Kandidatenliste seien durch eine Zufallschereit gewählt worden. Ach nein. Die Besammlung am 1. Dezember, in der die Herren gewählt wurden, war sehr sorgfältig vorbereitet: durch drei Wahlen war der Bürgerverein Gemeindevorstand eingeladen und die Mitglieder des Hausbesitzervereins extra durch Boten um Handzettel. Waren es politische Charaktere gewesen, die da aufgestellt wurden, so hätten sie auch geschlagen, als sie nun wieder abgelehrt und in die Ecke gestellt wurden.

In der Stadtbildungsfrage muß wiederholt werden, daß unsere Gegner diese Frage zu einer politischen gemacht haben, weil sie das Pluralwahlrecht retten wollten. In der Tat ist diese Frage auch eine hochpolitische. Jetzt aber soll sie das nicht mehr sein! Wenn die Herren konsequenter wären, dann müßten sie sich schämtlich an den Landtag wenden und sagen, daß ihre Petition, die in einer Besammlung von lieben Mann gutgeheißen wurde, auf Amstimmern beruht, und daß sie nun anderer Ansicht geworden sind; daß ferner die Zahl der Stadtfreunde so groß und einflußreich ist, daß sie sich diesen gegenüber in Ehrfurcht gebauet haben.

In dem Bericht der Bürgerzeitung über die Versammlung vom 1. Dezember hier es am Schluß, daß von 70 Teilnehmern sechs opponierten und verlangten, daß die Kandidaten ob ihrer Stellungnahme zur Stadtbildungsfrage gefragt würden. Dieser Hinweis auf die Sechs von sieben war ein hocharter Stroh als die Minderheit, die in dieser Versammlung aber schon drohen konnte und zwar mit den 248 Stimmen der Wdh.

Dieser einflußreichen Minderheit, die dann gestiegt hat, macht man jetzt das Kompliment, man hätte ihr entgegenkommen müssen, weil sie ein Teil des „nationalen Bürgeriums“ sei. Die Herren hinteren so gern mit dem „nationalen Bürgerium“. Was hat aber die nationale Frage hiermit zu tun und was versteht man darunter? Gemein sind die Sozialdemokraten, die im Gemeinderat sitzen, international, aber nicht in dem Sinne der Polizei und der Sozialminister. Unsere Gegner aber wollen, daß alles was von „oben“ kommt, gutgeheißen wird, sofern es ihnen paßt. Chauvinismus, Nordspatriotismus und elende Ariechelei heißt bei ihnen „nationale Gesinnung“. Wie tun das nicht, und die Arbeiter haben für solches Gebahren eine sehr drastische Bezeichnung.

Jeder Bürger soll freigelassen sein. Je freier unsere Einrichtungen sind, desto nationaler liegt wir gefimmt. Die Demokratie ist stets nationale gefimmt gewesen als die sogenannten staatsverhaltenden Parteien. In Frankreich, England und Deutschland waren, als die Umwälzungen kamen und das Regiment der absoluten Herrscher gestürzt wurde, diejenigen die Patrioten, die das alte Regiment gestürzt haben. Hier bei uns ist es anders. Unsere Gegner wollen damit sagen, die Bürgervereine und die Sozialdemokratie seien antinational. Eine größere Umwälzung gibt es aber nicht. Wenn man die Stellung der Sozialdemokratie zu den nationalen Fragen wissen will, so ist darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie stets und am weitgehendsten für die Einheit der Nation eingetreten ist. Schon Babel, Babel und andere haben dafür gekämpft, daß wir nicht zu einem Kumpfdeutschland, sondern mit Deutschland zu einem Einheitsstaat kommen sollten. Wenn man daher vom „nationalen Sinn“ redet, dann muß hervorgehoben werden, daß die Demokraten und Sozialdemokraten die besten Nationalisten sind. Wenn aber unsere Gegner die Sozialdemokratie verleumdend wollen, dann sagen sie nur, die Sozialdemokratie ist antinational, sie wolle Deutschland an Frankreich ausliefern. Doch die nationale Phrasen kann so leicht als elende Verleumdung widerlegt werden, da sie nur benutzt wird, um die Wähler unsicher zu machen und der gegnerischen Liste zum Siege zu verhelfen!

Die Grundbedingung des Kampfes unserer Gegner um die Gemeinderat ist, daß sie glauben, wenn im Gemeinderat ein sogenanntes nationale bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, werde die Gnadenomne der Marine mehr als bisher auf Bant scheitern und es würden Gerdes und Konforten nicht mehr als Sozialdemokraten geschäftelt werden. Deshalb jammeren sie auch so, daß ihnen die Regierung mit ihrer Stadtvorlage einen „Anknüpf zwischen die Beine“ gemessen habe. Sie sind zu kurzgläubig, um zu finden, daß, wenn es ihnen diesmal auch möglich wäre, mit Hilfe der Fortschrittlichen zu gehen, dies in zwei Jahren, besonders wenn eine gute Bankkonjunktur einsetzt, unmöglich sein wird; denn mit jedem neuen Haus wird die Partei der Nichtbesitzer größer.

Während man nach den schwülstigen Redensarten Steders annehmen konnte, daß in den gegnerischen Vereinen sich eine Veronenzahl von 7-800 vereinnigt, waren es mit 60 Personen, die sich zur Zerrückung der einflußreichen Minderheit eingeladen hatten. Das beweist, wie unerschämte die Herren Steder und Konforten aufschneiden können. Daß sie 25 Mark in der Besammlung für die Wahl zu sammeln wollten, zeigt ferner ihre finanzielle Ohnmacht.

Es sind jedoch auch politisch ansichtliche Leute dabei, denen der ganze Kampf nicht gefällt. Einer dieser Herren hat erklärt, das Kompromiß zwischen den bürgerlichen Stadtfremden und dem Gemeinbewoh wäre nur zustande gekommen, weil vom Gemeinbewoh nur etwas Geld zu erhalten ist; denn die andern haben nichts oder seien Geißel.

Wenn die Herren nicht die Stimmenstimmen hätten, wären sie ohnmächtig, als Verein, als kämpfende Partei und als Wählermasse uns zu beschließen! Sie haben aber den allergrößten Teil der Stimmenstimmen bekommen; wir sind daher gezwungen, dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann in die Wahlzettel gebracht wird!

Unseren Gegnern mangelt der politische Charakter, sie sind unzuverlässig und haben auch kein Gefühl für die Lage, in die sie gekommen sind. So erklärte einer der Herren, er finde es ebenso als eine Ehre, wenn wir ihn wählen, als wenn er von den andern gewählt wird! Mit solchen Leuten ist nichts zu machen. Ebenso steht es mit ihrer Organisation: Es sind keine Wahrsamkeit und keine Grundzüge darin zu finden. Die Mitglieder wissen gar nicht, was sie wollen. Sie können doch nicht leugnen, daß ihnen bei der Verhältniswahl eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung im Gemeinderat gesichert ist. Außerdem wird das allgemeine Wahlrecht noch dadurch zugunsten der Befizier beschränkt, daß mindestens zwei Drittel des Gemeinderats Gemeinbefizier sein müssen! Und trotzdem die Gegnerschaft gegen das Verhältniswahlrecht! Sie wollen eben unumwunden herrschen.

Unsere Gegner sängen die Stimmenstimmen mit der größten Unwahrheit, daß, jemehr Arbeiter im Gemeinderat sitzen, desto mehr Steuern der Grundbesitz zahlen müsse. Das Gegenteil ist richtig: Hier sind Gemeinbefizien von der Allgemeinheit übernommen worden, die in den anderen Orten des Großherzogtums vom Grundbesitz allein getragen werden müssen! Und der Steuer nach dem gemeinen Wert konnte der Wertzuwachssteuer ist von den Grundbesitzern im Gemeinderat ebenso freudig zugestimmt worden, wie von den Arbeitern. Leider findet sich nie eine rechte Gelegenheits, unsere Gegner einmal gründlich die Wahrheit zu sagen! — Wären die Kanalisationskosten nicht so außerordentlich hohe sein, so würden die Hausbesitzer jetzt wesentlich weniger an Steuern zu zahlen haben als früher bei der Steuer nach dem Reinertrag. Auch hierbei spielt die „nationale Frage“ mit. Wären die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht gewesen, so wäre die Kanalisation nicht so leicht zustande gekommen. Daß wir die Angelegenheit so gefördert und im Amtsrat gemacht haben, sollte uns hoch angerechnet werden; denn jede Verzögerung des Baues der Kanalisation hätte auch eine Verzögerung der Herstellung der neuen Werkanlagen jenseits des Kanals und somit eine Beschädigung in der nationalen Verteidigung im Gefolge. Es ist daher ganz infam, wenn die Stimmenstimmen dadurch gelangen werden, daß die Wahrheit auf den Kopf gestellt wird.

Das alles möge im Wahlkampf gesagt werden. Es ist dann zu hoffen, daß die Aufmerksamkeit der Wähler bis zur Wahl so groß ist und die große Mehrheit begriffen hat, daß das Pluralwahlrecht beseitigt werden muß und der Stadtbildung nichts in den Weg gelegt werden darf. Dann werden die vereinigten Bürgervereine auch den Sieg über die gemischte Gesellschaft davontragen. (Lebhafte Beifall.)

Mit rostigen Waffen, mit Bosheit und Unverstand

und gegen die Freunde der Stadtvereinigungen und die Kandidaten der vereinigten Bürgervereine gekämpft. Wie die boshaften Wählermacher des Gemeinbewoh mit dem „roten Lappen“ die Wähler zu schrecken suchten, haben wir ihnen entgegengehalten. Heute sei kurz mitgeteilt, wie man die heilige Einnahme, den Unverstand, gegen die Stadtvereinigungen mobil macht.

Da wird den Leuten erzählt, Neuede solle übergeben werden, um die Schulden von Bant zu zahlen. Eine genaue Prüfung der Gemeindeveranschlagungen der Gemeinde Bant ergibt, daß die Einnahmen der Gemeinde ohne die Umlage die Zinsen und den Abtrag der Schulden decken.

Da wird gesagt: Die Straßen in Bant seien darum schlecht, weil die Gemeinde Bant die Mittel zur Herstellung nicht habe und warte, bis Neuede bei der Stadt ist, um von ihm die Mittel zu erpressen. Daß die Einziehung der Kanalisation lediglich Schuld ist an den schlechten Straßen und daß das Geld für die Herstellung der Straßen vorhanden ist, davon wollen die Verbreiter der Schreckensnachrichten nichts wissen.

Da wird gesagt, daß die Bewohner der Schwarzeiche zwingen würden, die Wasserleitung einzurichten, wenn Neuede zur Stadt kommt. Daß dazu die Stadt keine Zwangsmittel hat, wird verschwiegen. Verschwiegen wird auch, daß viele Anwohner der Schwarzeiche herzu sich froh gewesen sind, daß sie in die Wasserleitung anschließen konnten.

Es wird auch gesagt, daß bei der Vereinigung Neuedes mit Bant und Heppens der Schlachthofwag auf die Anwohner der Stadtgemeinde und des Gesamtortes bedarf und daß von dieser Aderphast Niemand Veranlassung und Lust haben wird, die Ausdehnung des Schlachthofwag auf den Bezirk Neuede zu beantragen, das wird verschwiegen. Offenlich haben auch die Lügen bei dieser Wahl kurze Beine und bringen ihren Entfernern den verdienten Lohn.

Die Wegschwimmenden Felle. Die Herren vom Bant Gemeinbewoh, die auf dem Boden der Petition stehen, befinden sich in der Rolle jener

bekanntem trauernden Seherher. Argument auf Argument für ihre Petition gegen die Stadtvereinigungen schwimmt weg. Nun auch das Argument, daß Bant für Heppens die Steuern bezahlen müsse, weil es Militärstadt ist. Die Bantier Hausbesitzer ziehen danach, Bant zur Militärstadt zu machen. Dem gerade mit Rücksicht darauf, daß die Zahl der Militärveteranen am 1. April sich außerordentlich vermehrt und daß diese in Kiel hohe Raten gewohnt seien, haben sie die Raten so hoch gesetzt, daß auch die befristeten Wertgegenstände sich nicht mehr bezahlen können. Daß dadurch Steuerzahler, und nicht die Schlechtesten, aus Bant getrieben werden, werden auch die Nachher der Petition einsehen. Wer wird nun für Bant die Steuern bezahlen? Etwa Neuede? Ja, das will ja auch Militärveteranen und Beamtenstadt werden? O Widerspruch, dein Name ist nationaler Epihebürger!

Tödlicher Unfall beim Ringen. Am Uebungsabend eines hiesigen Athletenklubs rang am Samstag der von den Athleten-Wettkämpfern in der Burg Hohenzollern her bekannte Lohndarbeiter Wegewitz mit einem anderen Lohndarbeiter. Durch unglückliche Umstände zog sich hierbei B. Verletzungen am Halswirbel zu. Bewußtlos mußte er dem Garnisonlazarett überführt werden, wo er gestern verstorben ist.

Wilhelmshaven, 11. Januar.
Sine vom Kaufmännischen Verein Küstingen-Wilhelmshaven einberufene Versammlung tagte gestern im Deutschen Hause, um Stellung zu nehmen zu der nach dem neuen Gesetz erforderlichen Festlegung der Zeiten, in der die Inventur- und Saisonverkaufe stattfinden dürfen. Es wurde beschlossen, zu empfehlen, daß diese Ausverkaufsperioden auf jedesmal sechs Wochen, und zwar im Frühjahr endend mit dem 15. Februar, und im Sommer endend mit dem 15. August, festgelegt werden. Ein Ausverkauf soll für jedes Geschäft jedesmal höchstens 14 Tage dauern. Ferner wurde angeregt, einen Späherband für Handel und Gewerbe zu gründen, um willfährig die Schwindelsverkaufe vorgehen zu können. Es wurde eine Kommission gewählt und mit den Vorarbeiten betraut. Sie hat innerhalb der Woche eine Versammlung einzuberufen und einen Statuten-Entwurf vorzulegen. Diese Vereinigung soll bestehen aus Vertretern aller Branchen. Der zu gründende Verband soll nur diese Sachen bearbeiten und keinerlei politische Angelegenheiten verfolgen.

Dampferverbindung Wilhelmshaven-Rorderney. Wie die Wilt. Ztg. zu berichten weiß, soll der Lloyd-Dampfer Nixe am jedem zweiten Sonntag morgen die Fahrt nach Wilhelmshaven unternehmen und dann abends wieder zurückfahren.

Kleine Mitteilungen aus dem Lande. Geschlossen wurde die Schule in Gensham, weil dort der Schulschuß ausgebrochen ist, dem schon mehrere Kinder zum Opfer gefallen sind. — In Norden wurden zwei Bettler ertappt, als sie einer armen Frau ein Viertelmonats mit 10 Mk. entwendeten. Sie wurden verhaftet. — In G. u. e. ist ein großes Schulkind eines jüngerer Bruder aus Unvorsichtigkeit mit einem Bein einen Finger fast ganz ab.

Aus aller Welt.

Ein Luftschiffhalle soll in Kiel errichtet werden, die am 14. Mai fertiggestellt sein soll. Die Ausführung soll so beschleunigt werden, weil der Verein für Luftschiffahrt im Sommer ein leistungsfähiges Luftschiff dort unterbringen will, mit dem er Fahrten in Schleswig-Holstein zu unternehmen gedenkt.

Grubenexplosion in Schlesien. In der Deutschlandgrube bei Schwientochowitz erfolgte, wie schon kurz gemeldet, eine schwere Dynamitexplosion. Dabei wurde ein Grubenarbeiter getötet, zwei Arbeiter erlitten lebensgefährliche, zwei leichtere Verletzungen. — Das Leichenbegängnis gestaltete sich zu einer großen Demonstration. Die Direktion des Bergwerks, bei dem der Verunglückte beschäftigt war, stellte die Ruhestätte gratis und kommandierte ihre Arbeiter zur Teilnahme am Leichenzuge, machte jedoch zur Bedingung, daß keine roten Schreien getragen werden. Als die roten Schreien am Friedhof angemacht wurden, hörte die Ruhestätte sich zu spielen und die kommandierten Arbeiter lehrten gleichfalls um. Anwesend waren, außer den kommandierten Arbeitern, an 3000 Genossen und Genossinnen. Die Polizei benahm sich korrekt und wagte nicht einzuschreiten, auch dann nicht, als Genosse Podemski die Grabrede hielt. Der Eindruck war ein gewaltiger. Eine solche Beerdigung hat Obereschleien noch nie gesehen.

Rüstfester Millionenfund bei einer Leiche. Aus Budapest wird gemeldet: Arbeiter fanden auf dem Wege nach Oberberg und Neufchau an dem Haken einer Telegraphenstange die Leiche eines Mannes aufgehängt. Es ist noch nicht festgestellt, ob es sich um einen Mord oder Selbstmord handelt, jedenfalls kann aber kein Raubmord angenommen werden, denn in der Handtasche, die neben dem Toten lag, fand man 1 1/2 Millionen Rubel.

Erdrutsch. In Stopolo (Italien) wurde durch einen unterirdischen Stuß ein Erdrutsch verursacht, durch den der ganze Ort bedroht wird. Die Häuser bröckeln ab, weisen Risse auf und drohen einzufallen. Auch die Kirche droht einzufallen. Die Aufregung unter der Bevölkerung ist unbeschreiblich, keiner der Einwohner will sein Haus verlassen. Die in Bewegung getratene Erde hat eine Länge von zwei Kilometern und eine Breite von 800 Metern, sie umfaßt ungefähr 38 Millionen Kubmeter Erde.

Kleine Tageschronik. Durch ein Automobil des Polizeipräsidenten von Jago wurde Unter den Linden in Berlin der 63jährige Polizeioffizier Küster überfahren. Er starb alsbald nach Einlieferung in die königliche Klinik. — Bei einem nächtlichen Revolverkampf in Berlin, bei dem auch das Messer als Waffe diente, wurden zehn Personen verletzt, davon vier in Krankenhausern untergebracht werden mußten. — Der 53jährige Fuhrmann Joh. Aggerstedt erlag in Osborn bei Groß-Flottbeck seine Schwägerin und dann sich selbst. — In Hildesheim schloß der Arbeiter Renzel einen Kranzbaumarbeiter, der ihm den Zutritt zum Kranzbaumhaus, wo er seine Braut besuchen wollte, verweigerte,

eine Angel durch den Hals. Dann brachte er sich selbst einen Schuß in die Brust bei. — Ein außerordentliches Hilfsarbeiter bei der städtischen Armenpflege in München ist nach Verübung zahlreicher Unterschlagungen schuldig gesprochen. — In einer Schielergrube bei Zimmbe hatte ein 24 Jahre alter Bergmann fünf Schüsse gehohlet, von denen einer verfehlte; als der Bergmann nachsehen wollte, ging der Schuß plötzlich los und durchschmetterte ihm den Kopf. — In dem preussischen Grenzort Bißfeld wurde der Galtwitzer Ratulla von zwei verurteilten Männern, die in der Galtwitzer Grube ergriffen, erschossen. Wie einer der unmaßlieblichen Täter wurde ein Hütle festgenommen. — In einer Revolverkugel der Besondere Schießplatz in Paris hat ein 24jähriger Bandit mit Polizeistellen und Revolverbesitzern die Polizeistellen schwer verwundet. Einer der Beamten ist schon gestorben. Der Tod eines zweiten, der einen Totenschuß in die Brust erhalten hat, wird erwartet. — Eine Gasexplosion erfolgte in dem Krabbenpensionat Allegro zu London, wodurch zwei Anaben schwer und eine ganze Anzahl leicht verletzt wurden. — In Pjedsch (Persien) ist amtlisch die Welt festgelegt worden.

Neueste Nachrichten.

Die preussische Thronrede.

Berlin, 11. Januar. Der Kaiser verlas zur Eröffnung des preussischen Abgeordnetenhauses die Thronrede. Sie erwähnt die langsame Besserung der Staatsfinanzen infolge der allmählichen Wiederbelebung von Handel und Verkehr, erhofft die Ermäßigung des veranschlagten Fehlbetrages, der, obgleich er sich gegen die Vorjahre verringert hat, die mögliche Zurückhaltung der staatlichen Aufwendungen erfordert. Sie kündigt die Einschränkung der Inanspruchnahme der Eisenbahnerträge für andere staatliche Zwecke an, ferner eine erhebliche Forderung für das Staatsbahnbauwesen und für Kleinbahnen, Einführung der Pflicht zum Besuch der landlichen Fortbildungsschulen in Pommern, Schlesien und Westfalen, sodann die Förderung der inneren Kolonisation durch Mittel zur Gewährung von Zwischkredit bei Rentengutsgründungen, eine Novelle zur Gemeindeordnung für die Rheinprovinz, die Befestigung der kommunalen Doppelbesteuerung in den Bundesstaaten.

Die Thronrede erwähnt auch das Immediatgesuch zur Reform der inneren Verwaltung und teilt mit, daß die Vorarbeiten für die Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause dem Abschluß nahe seien. Die Vorlage werde in den nächsten Wochen dem Landtage zur Beratung zugehen. Die Thronrede erhofft von der strengen Sachlichkeit und der pflichtbewußten Staatsgesinnung der preussischen Landesvertretung ein legerreiches Ergebnis für die Wohlfahrt des Vaterlandes.

Hamburg, 11. Febr. Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Prinz Joachim“ ist bei Plum Point auf Jamaica gestrandet. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Aln, 11. Januar. Auf einem Neubau sind gestern zwei Maler von einem Gerüst in die Tiefe gestürzt. Der eine war sofort tot, der andere schwer verletzt.

Altbornbach, 11. Januar. Eine durch den rasch nach einander erfolgten Tod ihres Mannes und ihres Sohnes trübinnig gewordene Bäuerin verteilte ihr Geld an Verwandte und tötete sich dann selbst durch Selbsthiebe auf den Kopf.

Prag, 11. Januar. Bei Saaz stürzte gestern in einer tief liegenden Sandgrube, die untergraben worden war, die ganze obere Erdschicht ein und begrub die in der Grube befindlichen Arbeiter. Bis zum Abend gelang es, einen Arbeiter als Leiche zu bergen.

London, 11. Jan. Der König unterzeichnete gestern im Ministerrat, der im Buckingham-Palast stattfand, die Proklamation, durch die das Parlament formell aufgelöst wird. Das neue Parlament wird am 15. Februar zusammentreten.

Lisburn (England), 11. Januar. Im Hause eines Vatermenanzünders brach Feuer aus. Der Mann, die Frau und vier Kinder verbrannten.

Newyork, 11. Jan. Vier ehemalige Angestellte der American Sugar Refining Company wurden wegen Zollunterschlagungen, die sie durch falsche Gewichtangaben begangen hatten, zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Konstantinopel, 11. Januar. Die Pforte hat aus Sofia beunruhigende Nachrichten über kriegerische Vorfälle Bulgariens an der Grenze erhalten. Trotz allen Abstreitens bereitet sich Bulgarien unerkennbar auf einen Waffengang im kommenden Frühjahr vor. Darüber herrscht in den an Bulgarien grenzenden Gebieten große Aufregung.

Wien, 11. Jan. Hier geht das Gerücht, daß der Schah von Ibb die Ermordung der Reisenden Benzeni und Burchardt unter dem Vorwand angeklagt habe. Burchardt sei vom Deutschen Reich ausgelandt worden, um über die Abtretung Jemens zu verhandeln.

Briefkasten.

Koch Heppens. Wenn Sie die Wohnung auf ein Jahr gemietet haben, so müssen Sie auch während dieser Zeit für die Miete antworten, sofern Sie der Hauswirt nicht davon entbindet.

Koch Jemel. Das Arbeitsverhältnis hat mit dem Mietvertrag nichts zu tun. Sie müssen also auf gültigen Wege verfahren, mit Ihrem Hauswirt vor Ablauf der vereinbarten Mietzeit auseinanderzukommen.

Verantwortl. Redakteur: G. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Retationsdruck von Paul Hug & Co. in Bant.

Dazu eine Beilage.

Auf zur Wahl! An die Wähler u. Gemeindeglieder von Neuende!

Am Freitag den 14. Januar, nachmittags von 4 bis 8 Uhr, findet die Gemeinderatswahl in Hillmers Gasthanke statt. Die vereinigten Bürgervereine haben folgende Kandidaten aufgestellt und empfehlen sie den Wählern zur Wahl:

Aus der Klasse der Besitzer:
Hajo Mennen, Werftschmied, Schaarreihe 105
Paul Adnig, Werftzimmermann, Neugroden 104
Joh. Gebr. Iren, Schuhmacher, Verl. Bismarckstr. 16
Hinrich Schipper, Maschinenbauer, Rapperhörner Str. 11
Ewald Anjath, Werftschmied, Neugroden 128
Heinrich Schuhmacher, Tischler, Verl. Bismarckstr. 30.

Aus der Klasse der Nichtbesitzer:
Otto Lange, Maurer, Siebethsburg, Edo Wiemkenstr. 3
Joh. Hinrichs, Tatter, Siebethsburg, Fredeborgstr. 8
Heinrich Jürgens, Schriftsetzer, Verläng. Bismarckstr. 128
Joh. Redelfs, Werftbesitzer, Verläng. Bismarckstr. 102.
(Letzterer auf 2 Jahre.)

Die diesmalige Wahl ist von großer Bedeutung. Es gilt zu entscheiden, ob im Gemeinderat das Sonderinteresse einer ganz geringen Zahl von Einwohnern oder das Interesse aller Gemeindeglieder eingehend sein soll.

Es gilt zu entscheiden, ob Neuende an das große Gemeinwesen der Stadt Nürtingen angeschlossen oder zerstückelt werden und ein Teil davon wieder an den Amtsbezirk Zeven zurückfallen soll.

Es gilt zu entscheiden, ob Neuende ohne Erhöhung der Steuern die Vorteile der großen Einrichtungen der Stadt haben oder große Opfer dafür bringen soll, wenn es allein bleibt.

Die Kandidaten der vereinigten Bürgervereine sind für die Vereinigung, sie wollen den Fortschritt und die Entlastung aller Steuerzahler.

Veräume niemand die Wahl. Auf jede Stimme kommt es an! Stimmzettel sind, sofern ein Wähler keinen bekommen hat, am Wahllokale zu bekommen.

Das Wahlkomitee der vereinigten Bürgervereine.

Rüstersiel.

Öffentliche Gemeindeglieder-Verammlung

am Donnerstag den 13. Januar cr.,
abends präzis 8 Uhr, im „Rüstersieler Hof“ zu Rüstersiel.

Tagesordnung:

Die Gemeinderatswahlen und sollen die drei Gemeinden Nürtingens eine Stadt werden? Diskussion.

Referent: Herr Landtagsabgeordneter Paul Hug aus Bant.

Die Wahlkommission der vereinigten Bürgervereine von Neuende.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Bant-Wilhelmshaven.

Am Freitag den 21. Januar 1910
in Sadewassers Tivoli, Tonndeich:

Grosses Winter-Vergnügen

— bestehend in —

Konzert, Festrede und theatral. Aufführungen.
Zum Schluss: **Grosser Ball.**

Karten im Vorverkauf 30 Pf. — Zu haben auf dem Bureau, Peterstrasse 13, und bei den Vertrauensleuten. — Es ladet freundlichst ein

Das Komitee.

Abonniert das Nordd. Volksblatt!

Auf zur Gemeinderatswahl!!

Bürger der Gemeinde Bant!

Am Sonnabend den 15. Januar 1910 findet die Erneuerungswahl zum Gemeinderat statt.

In einer öffentlichen Gemeindeglieder-Verammlung haben die vereinigten Bürgervereine ihre aufgestellten Kandidaten vorgestellt und hat die Verammlung mit voller Einmütigkeit dieselben angenommen. Es gilt nun, für dieselben mit dem Stimmzettel einzustehen.

Diese Kandidaten sind zum Teil schon lange Jahre im Gemeinderat und haben die Entwiklung der Gemeinde beobachten und daran mitarbeiten können. Alle aber sind besetzt von der Absicht, die Entwiklung der Gemeinde zu fördern, den Erfordernissen der Zeit zu entsprechen. Große und ernste Fragen sind es, welche der Gemeinderat in der nächsten Zeit zu lösen hat.

Da ist die Stadfrage. Die Kandidaten der Bürgervereine sind zuversichtlich Freunde der Vereinigung der drei Gemeinden Nürtingens zu einer Stadt, wie sie in der Landtagsvorlage vorgesehen ist.

Das neue Schulgesetz, das zu Mai in Kraft treten soll, wird die Tätigkeit des Gemeinderats erweitern. Andere wichtige Fragen, für den ganzen Amtsbezirk Nürtingen notwendige oder nützliche Einrichtungen, sind in der nächsten Zeit zu lösen und zu schaffen.

Wie immer, werden unsere Vertreter bestrebt sein, nur dem Gesamtinteresse dabei zu dienen und alle Sonderinteressen zu bekämpfen. Sie werden bestrebt sein, wie bisher die Steuerkräfte der Einwohner nach gerechten Grundsätzen zu schonen und auf dem Wege fortzuführen, Gemeindecinrichtungen zur Gewinnung von Einnahmen nutzbar zu machen, um die Steuerzahlen zu entlasten.

Wähler, Bürger! Wählt darum folgende Gemeindeglieder:

Besitzer (auf 4 Jahre):

Bartels, Nikolaus, Zimmerer
Greese, Johann, Tischler
Saren, Hermann, Schmied
Sanßen, Dirk, Schlossermesser
Hug, Paul, Buchdruckereibesitzer
Siems, Eduard, Bierverleger.

Besitzer (auf 2 Jahre):
Brinkmann, Emil, Gastwirt
Erdmann, Wido, Tischlervorarb.

Nichtbesitzer (auf 4 Jahre):
Garthens, Hans, Kaffeeer
Jacob, Hermann, Redakteur
Siebel, Robert, Tischler.

Die Wahlhandlung beginnt um 11 Uhr vormittags und endet um 8 Uhr abends. Stimmzettel sind vor den Wahllokalen zu haben.

Das Wahlkomitee der vereinigten Bürgervereine.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Bant-Wilhelmsh.
Mittwoch den 12. Januar
abends 8 1/2 Uhr:

„Außerordentliche“ Sitzung

bei Halweland, Grenzstr. 38.
Wegen sehr wichtiger Tages-Ordnung muß jede Wertzeit vertreten sein.

Die Ortsverwaltung.

Frauenbund.

Donnerstag den 13. Januar,
abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in den Vier Jahreszeiten.
Wegen einer wichtigen Angelegenheit werden die Mitglieder gebeten, vollständig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeiter-Jugendbund.

Freitag den 14. Januar cr.,
abends 8 1/2 Uhr: Vorstandssitzung
mit dem Festkomitee.

Allgemeine Dristruantenläge

für die

Stadtgemeinde Varel
in Varel.

Ueber Forderungen an unsere Klasse erbiten wir Rechnungen zwecks Jahresabschluss bis zum 18. Januar d. J.

Höflicher, Rechnungsführer.

Banter Volksküche

Melkenstraße.

Kocherstütze

werden gesofort bei
Bargmann, Bant, Annenstr. 15.

Distrikte IV u. V Bant.

Alle Bezirksoffiziere und Stellvertreter werden zu einer wichtigen Angelegenheit auf

Mittwoch den 12. Januar,
abends 8 1/2 Uhr, nach Halweland eingeladen.

Der Vorstand.

Siefige Eier

J. H. Cassens, Bant, Peterstr. 42.

Todes-Anzeige.

Heute wurde uns unser innigstgeliebtes Stündchen

Heinrich

im Alter von 1 Jahr 2 Mon. durch den unerbittlichen Tod von unserer Seite gerissen.

Verst. den 10. Jan. 1910.

Die trauernden Eltern
August Vorhers und Frau
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag nachm. 4 Uhr vom
Trauerhause aus statt.

Athletenklub Doppelreihe.

Nachruf!

Sonnabend verstarb plötzlich und unerwartet unser lieber Klubfreund, der Oberheizer

Karl Wegewitz.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Vorstand.

Bürgerverein Neubremas.



Nachruf!

Am Sonnabend verstarb unser langjähriges Mitglied
der Schmied

Friedrich Grede

Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Bant, den 10. Januar 1910

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am
Mittwoch nachm. 2 1/2 Uhr, vom
Trauerhause, Bant, Obenburger
Straße 16, aus statt. Wir
bitten die Mitglieder sich zahlreich an derselben zu beteiligen.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag den 9. Jan.
verstarb an den Folgen eines Unfalles der Maurer

Jos. Wandt

im Alter von 37 Jahren.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch den 12. Jan., nachm.
2.30 Uhr vom St. Willibrod-
Hospital aus statt.

Dankagung.

Für die Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes sagen wir auf diesem Wege allen unsern herzlichsten Dank.

H. Peters nebst Frau und Kindern.

Die Wilhelmshavener Hausbesitzer und die bevorstehende Wohnungsalamität.

Der Hausbesitzerverein von Wilhelmshaven beschäftigt sich am Samstag in seiner Generalversammlung auch mit der Wohnungsfrage. Da diese Frage vor allem auf die Mieter beruht, so berichten wir etwas ausführlicher hierüber.

Bekanntlich hat die Intendantur angefragt, wieviel größere Wohnungen zurzeit leer stehen und wieviel voraussichtlich zum 1. April und 1. Oktober 1910 frei werden würden. Es gab den Mindestbedarf an Wohnungen für das nach Wilhelmshaven zu verlegende Geschwader wie folgt an: A. Für Offiziere und höhere Beamte etwa 100 Wohnungen mit mindestens fünf Zimmern; B. Für Besoffiziere 140 Wohnungen mit drei bis vier Zimmern; C. Für Unteroffiziere 165 Wohnungen mit zwei bis drei Zimmern. (Die Wohnungen ohne Küche meist sonstigen Zuhörer gerechnet.)

Der Hausbesitzerverein hat nun der Intendantur nach einem Bericht des Wilt. Tageblatts folgendes Schreiben geleistet:

Die Kaiserliche Marine-Intendantur stelle in W. Nr. 3005 dem Hausbesitzerverein folgende Aufgabe:

1. über den gegenwärtigen Wohnungsmarkt,
2. über Anzahl freistehender größerer und kleinerer Wohnungen, die über Preise herrschen,
3. über letzter Bauqualität,
4. über hinreichend weitere Wohnungsgelegenheit in nächster Zeit zu berichten.

Zu Punkt 1. Wohnungsmarkt. Sei dem Vorstand erlaubt, sich wie folgt zu äußern:

Zurück eine vor mehreren Jahren seitens des Reichsmarineamts erfolgte Anfrage, wieviel herrschaftliche Wohnungen im Zusammenhang von kleineren geteilt werden könnten und durch die bekannt gewordenen Tatsache, daß Wilhelmshaven ein Ausgabebau ersten Ranges werden würde, letzte die Privatbautätigkeit so regte ein, daß bald ein großer Mangel an Wohnungen vorhanden war, der eine Alamiät für die Hausbesitzer nicht allein in Wilhelmshaven, sondern auch in Bant und Hepsens wurde. Statistische Erhebungen ergaben, daß 1904 die Summe der freien Wohnungen in Wilhelmshaven 374, im Jahre 1906 in Wilhelmshaven 546, in Bant 721 und in Hepsens 499, in Summa 1766, war. In Wilhelmshaven waren 1907 von 4630 vorhandenen Wohnungen 2845 Privatwohnungen, davon 514 leer.

Die Folge dieser Überproduktion und der Alamiät war eine vollständige. Zunächst wurden sämtliche Wohnungen billiger und zum Teil unter Preis vermietet. Zweitens verließen die Mieter, die nur einen geringen Aufschlag auf eine kleine Wohnung hatten, in eine nächst größere Wohnung, wobei 2. B. kleine Beamte Wohnungen für mittlere Beamte, und wieder mittlere Beamte hochherrschaftliche Wohnungen inne hatten und noch haben. Das Zurückgehen in die normalen Verhältnisse wird einige Zeit in Anspruch nehmen.

Drittens ging der Kredit der Hausbesitzer durch die vielen durch einzelne Alamiät hervorgerufenen Zwangsverkäufe verloren. Das hat weiter zur Folge, daß keine Baugenossen und die Bauzeit bedeutend gestiegen wurde. Das Vertrauen der Hausbesitzer schwer beladenden Steuern, als Unschaffener, Verzuamswahner, und die in Aussicht stehende Kaminalisationssteuer, die verschärften Polizeiverordnungen, auch die Zunahme der historischen und bürokratischen Anforderungen, sowie die erhöhten Anforderungen der Bauzeit an die Wohnungen legten die Hausbesitzer sehr schwer zu beladen, weil der Wert der Häuser durch diesen Erwerb vermindert, trotz der dann und wann ausbleibenden Besuche: Das Geschwader kommt und damit die Beförderung. Seit mehreren Jahren sind alljährlich nur einige Wohnungen hinzugekommen.

Wieder nach gewordene Bauzeit wurde stets wieder niedergedrückt durch vielfach wiederkehrende Beschlebung des Terrains der Kadetten der Wehrmacht nach hier. Das Unglück, nur die Aussicht auf etwaige Nachträge, daß keine Baugenossen auf den Markt und nicht neue Wohnungen, die Bant ist zu vollständig und sie müht sich nicht um Bant und Mann, wenn keine positive Nachfrage vorhanden ist. Wenn nimmer die politische Anzahl der von Reichsmarineamt neu geordneten verschiedenen Wohnungen bekannt wird, wenn durch Verlegung des Geschwaders nach hier ohne Rücksicht auf den Wohnungsmarkt die verbleibenden Offiziere und Beamten beschleunigt genommen werden, hier zu wohnen und die für ein bis zwei Jahre in Inweg auf Wohnung mit dem begehren, was vorhanden ist, gleichzeitig in Wilhelmshaven oder Bant oder Hepsens dann tritt politische Nachfrage auf und der Wiederbedarf wird bald gegeben ist und Wilhelmshaven wird schone, allen Anforderungen der meisten Zeit und der Folge entsprechende Wohnungen in der Verlegung genügen zur Verfügung haben. Die geringe Bautätigkeit hier in den letzten Jahren, welche in der Zeit der vorangehenden Anhang der Bevölkerung nach den Städten, hier zum Teil verursacht durch Vergrößerung der Kaiserlichen Marine und der Aussicht auf das Kommen des Geschwaders, hat zur guten Folge für Wilhelmshaven und Umgebung gehabt, daß eine normale Beförderung der vorhandenen Wohnungen eingetreten ist, aber noch nicht das normale Preisverhältnis. Und hiermit kommt der Vorstand zu Punkt 2. Bericht.

Nach Aufforderung seitens der Kaiserlichen Marine-Intendantur, über Anzahl der leerstehenden Wohnungen zu berichten, glaubte der Vorstand, sich eine so umfangreiche, vollständige statistische Erhebung, wie sie in den Jahren 1904, 1906 und 1907 erfolgt ist (letztere siehe Anlage 1) zu ersparen zu können, sondern er ließ nur die freien Wohnungen nach Lage, Größe und Preis von 300 bis 350 Zimmern zählen. Das Ergebnis lautet, daß in Wilhelmshaven 91 Wohnungen frei, davon 67 mit 4-8 Zimmern. Der Vorstand hat auch die beiden Nachbarvereine in Hepsens und Bant zu gleicher Tätigkeit aufgefordert, dieselben haben aber auch nicht ein Gedicht zu arbeiten können, sondern haben durch Anwesenheit zur Angabe leerstehender Wohnungen angefordert. Bant und Hepsens haben nach Angabe etwa 50 mittlere und höhere Wohnungen frei, jedoch sind die Angaben hauptsächlich neugierig auf kleinere Wohnungen nach eigener Meinung der Herren Vorstände dort viel zu gering; nach aller Meinung kann aller Wahrscheinlichkeit nach bei einwärtiger Rücksicht auf folgende Wohnungseigenschaften, die ja auch die Herren Offiziere, Unteroffiziere, Gendarmen, Pianisten und was immer es sei, nehmen Wilhelmshaven, Bant, Hepsens, Venedig, Riffelberg, Riffelberg am Bedarf an Wohnungen für den größten Teil des Geschwaders im 1. April decken.

Änderung auf Punkt 3 des Berichtes. Preis der Wohnungen. Es bemerkt, daß in der Anlage 2 und 3 der Preis bei jeder Wohnung angegeben ist. Es sind allerdings nicht immer die besten Wohnungen und nicht an besten Lage die leer stehen, und ist dies wohl der Grund des bei einzelnen angeführten niedrigen Preises. Die angegebenen einzelnen Preise haben, wie überhaupt alle Preise in Wilhelmshaven, noch unter dem Preis der früheren Alamiät, und wenn man die Kosten für Einrichtung für das elektrische Licht und vor allem für die kommende Kaminalisation und die zum Teil erfolgte erhöhte Einföhrung für Grund- und Gebäudesteuer hin-

zukommen, werden die Preise im allgemeinen jedenfalls steigen, jedoch wohl kaum die Höhe der Preise anderer größerer Städte erreichen. Jedes Zimmer wird wohl auf 120-150, und in herrschaftlichen Alamiät auf 180-250 Mark kommen, je nach Lage, Ausstattung und Nebensachen.

Punkt 4. Die Privatbautätigkeit ist augenblicklich, wie schon unter 1 erwähnt, keine regt. Es werden an 5-8 Stellen Bauten aufgeführt, und diese werden hauptsächlich teils mittlere, teils hochherrschaftliche Wohnungen liefern, so z. B. die Eibenbürgische Landesbank, die an der Ballstraße mehrere Wohnungen mit 3 und mit 8 bis 9 Zimmern, der allerneuesten Zeit entsprechend, bis 1911 fertig stellt.

Zu Punkt 5, über das Hinzutreten weiterer Wohnungsangelegenheit in nächster Zeit, wird berichtet, daß die Privatbautätigkeit eine sehr regt wird, sobald durch das kommende Geschwader politische Nachfrage nach Wohnungen vorhanden ist. Das Wachstum ist ungleichmäßig geworden gegenüber den wachsenden Bedürfnissen von bestimmten Personen des Geschwaders; wie schon bemerkt, es kommt überhaupt nicht nach hier, oder es wird anderes dafür wieder weggenommen, wie z. B. tatsächlich die Hälfte der Desoffiziere; Schiffbauarbeiten unter Wilhelmshaven nicht mehr bekommen; es wird nur eine Reparaturwerk. Wenn die großen Arbeiten (Einbaut, Tada, Siederwerkzeug, Kollerren usw.) fertig sind, werden viele Firmen und damit viele Beamte der kleinen (Ingenieur usw.) Wilhelmshaven verlassen. Ziele und ähnliche Meinungen und Gedanken bewegen Wilhelmshaven. Sie sind nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Es muß etwas Positives gegeben, um die Bautätigkeit zu beleben. Der Wille zum Bauen resp. Umbauen ist vielfach vorhanden, wie aus verschiedenen mündlichen und schriftlichen Anfragen an den Vorstand hervorgeht. Das Anlage 4 ist zu ersehen, daß sich sogar ein solches Familien mit mittlerem Einkommen bemüht werden, wie dies eine vom Reichsmarineamt vor einiger Zeit hierzu beordnete Wohnungskommission unter Führung von Herrn Geheimrat Harms u. a. hoher Deuten bestätigt gefunden hat, und durch Zubau neuer Wohnungen ein Lieberling vor allem der herrschaftlichen Wohnungen eintritt wird. Das Bauen von herrschaftlichen Villen in Hepsens, Riffelberg usw. wird sich vermehren, jedoch nicht unter der Straßbahn fertiggestellt ist. Desgleichen werden die Kolonien mit Bant mittlerer Wohnungen in der Umgebung von Wilhelmshaven (Neunde) sich vermehren, bescheiden die Kolonien mit kleineren Wohnungen in Sande, Siften usw.

Das Vorstehende wird zu entnehmen sein, daß falls das ganze Geschwader zu einem bestimmten und vom Reichsmarineamt offiziell festgesetzten Termin hierher verlegt wird, sich ein Mangel an freien Wohnungen innerhalb einer kurzen Zeit in Wilhelmshaven mit Umgebung nicht allein die neuen Wohnungen fehlender Art in genügender Anzahl zur Verfügung hat, sondern sich bestreben wird, den Herren Offizieren, Beamten und allen das hierin zu angehen als möglich zu gelassen, jedoch man eine Verletzung nach hier nicht mehr als etwas Unangenehmes empfindet, und daß der Verlust hier nicht ist und neuer wird. Je größer Wilhelmshaven wird, desto leichter kann dafür gesorgt werden. In gemeinschaftlicher Hinsicht ist das Wohnen hier, wie häufig erwähnt ist, besser als in anderen Garnisonen.

Hochachtungsvoll und ganz ergebenst

der Vorstand des Hausbesitzervereins Wilhelmshaven, e. V.

Das ist sehr offen und ehrlich gesprochen. Es muß allerdings anerkannt werden, daß die Herren auch gegenüber den Behörden ihre Interessen stets mit großem Nachdruck wahrgenommen haben, jedoch sich die Arbeiter hieran ein Beispiel nehmen könnten.

Obiges Schreiben fand in der Versammlung des Hausbesitzervereins lebhaften Beifall und erweckte gleichzeitig eine längere Diskussion, die nicht uninteressant war. Justizrat Voorn nahm mehrfach das Wort und polemisierte gegen die landrätlichen Beschränkungen in der Nähe des Wilhelmshavener Parks, wo bekanntlich kein vierter Stockwerk mehr gebaut werden darf, weil man dort ein Villenstadtviertel haben will. Das Bürgervorsteherkollegium hatte hierzu früher seine Zustimmung gegeben. Herr Voorn konstatierte nach dem Tageblattsbericht, daß jetzt fast alle Hausbesitzer ihre Wohnungen vermietet hätten und zwar zu höheren Preisen als früher, jedoch man schon von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage der Hausbesitzer sprechen könne. Es sei zu erwarten, daß die Beförderung anhalten und zu einer durchwegs notwendigen Beförderung des Kredites führen werde. Er habe aber gehört, daß Hausbesitzer bemüht seien, den Neubau von Wohnungen zu verhindern. Solche Bestrebungen halte er für nicht richtig. Eine Überproduktion von Wohnungen in Wilhelmshaven durch Neubauten befürchte er nicht. Jedenfalls dürfe der Hausbesitzerverein nicht hindernd im Wege stehen. Es könne doch leicht kommen, daß der Staatssekretär sich auf den Wohnungsmangel läge und die Verlegung des Geschwaders nach Wilhelmshaven nochmals verschlebe. Herr Voorn erklärte ferner, er könne absolut keinen Grund finden, der für die Baubeschränkung spreche. Er könne deshalb nicht begreifen, daß das Landratsamt in Wilmund noch immer die Baubeschränkung andrängt erhalte. Er wolle angeben, daß sich allerdings Schwierigkeiten insofern ergeben könnten, als die Stadt Wilhelmshaven, sobald sie eine gewisse Anzahl von Einwohnern aufweise, aus dem Kreisverband auscheiden könne, um selbständig zu werden. Dadurch würde allerdings der Kreis Wilmund erheblich an Bedeutung und Einnahmen verlieren. Es sei deshalb befreitlich, daß die Bewohner des Kreises ein großes Interesse daran haben, daß Wilhelmshaven diese Einwohnerzahl nicht erreiche. Das lasse sich aber nur ermöglichen durch eine Hemmung der Entwicklung. Jedenfalls hätten die Bewohner von Wilhelmshaven die Pflicht, für Beförderung solcher Hemmnisse und zunächst für Aufhebung der Baubeschränkung Sorge zu tragen.

Auch Herr Witter und andere sprechen für Beförderung der Baubeschränkung, die geradezu ein Stein für Wilhelmshaven sei. Herr Voorn trat dafür ein, daß die Stadt die Bebauung der ungebauten Plätze selbst in die Hand nehmen möge. Für die Bildung eines Bauonsortiums zur

Beförderung der gewünschten Wohnungen könne er sich nicht erwärmen. Herr Ratscher Witter erwiderte, die Stadt könne den Häuserbau nicht selbst übernehmen, könne auch keine zweite Hypothek hergeben, weil sie Gelder nur mündellicher anlegen dürfe. Die Stadt könne auch nicht erwarten, daß das Geschwader hierher verlegt werde, wenn keine Wohnungen vorhanden seien. Es sei zu befürchten, daß der Staatssekretär sage, er könne wegen der fehlenden Wohnungen vorläufig das Geschwader noch nicht nach Wilhelmshaven verlegen. Im Interesse der ganzen Stadt liege die Verlegung des Geschwaders und die Beförderung von Wohnungen. Erst dann würden bessere Zeiten eintreten. Es sei nicht unmöglich, daß die Stadt die Preise für die Baupläne im Westen ermäßigen werde, sobald erstliche Käufer da seien. Herr Voorn bemerkte noch, es liege im Interesse der Stadt Wilhelmshaven, möglichst bald für Wohnungen zu sorgen, damit die Familien der zum Geschwader Kommandierten in Wilhelmshaven bleiben. Wenn ein Bauonsortium Wohnungen schaffen wolle, so sei das mit Freuden zu begrüßen. In Wilhelmshaven bestehe zurzeit ein Wohnungsmangel und es sei jetzt nur zu empfehlen, Hypothekengelder herber zu verleihen, weil eine Beförderung der wirtschaftlichen Lage sich bemerkbar mache. Herr Klopmann glaubt noch nicht an die Verlegung des Geschwaders nach hier und meint, es seien hier Wohnungen genug vorhanden; man müsse nur darauf bedacht sein, daß die großen Wohnungen, die heute vielfach zu niedrigen Preisen an weniger bemittelte Leute, die wieder abermieten, abgegeben seien, für Offiziere frei würden.

Wo die kleinen Wohnungen hergenommen werden sollen, die gebraucht werden, sagte Herr Klopmann nicht! Den Vogel schloß aber der Vorsitzende, Herr Hauptlehrer Ulrichs, ab, der da nach dem Tageblattsbericht meinte, daß die Mietpreise den heutigen Verhältnissen noch nicht entsprechen. Es seien vielfach noch zu niedrig. Danach zu urteilen, können sich die Mieter im Laufe der Zeit noch auf manches gefast machen. Gewiß waren bisher die Mieten teilweise unnormal; aber wir meinen, daß sie jetzt nicht nur auf das normale Maß, sondern teilweise auch darüber hinaus getrieben sind. Ein weiteres Steigen würde nur die Nachteile zeitigen, die wir schon früher skizziert haben. Man kann allerdings der Hoffnung leben, daß die Bautätigkeit recht bald eintreten wird. Und zur rechten Zeit gibt das Großh. Odenb. Staatsministerium des Innern bekannt, daß dem Ministerium einige Mittel zur Verfügung stehen, um das ländliche und städtische Kleinwohnungswesen zu fördern. Hieron soll zugunsten von neu zu errichtenden Einfamilienhäusern Gebrauch gemacht werden, die der Eigentümer selbst demohnen will und mit denen eine den Verhältnissen des Ortes entsprechende Garten- oder Landfläche verbunden ist. Die Förderung erfolgt durch Verleihung seitens der Staatlichen Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg bis zu drei Viertel des Gesamtwertes und durch Übernahme eines Teiles der Zinsen dieses Darlehens auf die Staatskasse. Anträge sind mündlich bei den Großherzoglichen Kommissaren und Magistraten der Städte erster Klasse, für das Amt und die Stadt Oldenburg bei der Kasse der Staatlichen Kreditanstalt in Oldenburg zu stellen. Dort wird nähere Auskunft erteilt.

Den Arbeitern in dem fliegenden Bezirk wird damit allerdings nicht größtes, da diese sich hier wegen der teuren Bodenpreise keine Einfamilienhäuser errichten können.

Parteiangelegenheiten.

Der sozialdemokratische Verein Wilkhäusen hat nach der Zeit. Ztg. den Vorstand der bürgerlichen Parteiorganisationen davon in Kenntnis gesetzt, daß er beabsichtige, demnächst öffentliche Wahlrechtsversammlungen unter freiem Himmel und daran anschließende Demonstrationsumzüge zu veranstalten. Von einer großen allgemeinen Volksbewegung erhoffe er die endliche Gewöhnung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts zum Landesausgleich und fordert deshalb die bürgerlichen Parteien zur Unterstützung und zur Benennung von Rednern auf. Dem Vorgehen Wilkhäusens werden sich wahrscheinlich auch die übrigen sozialdemokratischen Vereine des Landes anschließen.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen zu einem Reichstages im Waldergerode haben nach vierjähriger Beratung am 8. Januar durch Verhängung der Schiedsprüche ihr Ende gefunden. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß es zu einer Einigung in der Lohnfrage und der Frage der Arbeitszeitverklärung nicht gekommen ist, sondern in allen Fragen ein Schiedsgericht herbeigeführt werden mußte.

Der Schiedsgericht bezüglich Arbeitszeit lautet: In Lohngebieten, wo die Arbeitszeit mehr als 10 Stunden betragt, wird sie mit Beginn des Vertrages auf 10 Stunden herabgesetzt. Eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit tritt nicht ein.

Der Schiedsgericht zur Lohnfrage lautet: 1. Für alle Lohngebiete, welche seit dem 31. Dezember 1906 keine allgemeine Lohnaufbesserung durchgeföhrt haben, tritt mit Beginn des Vertrages eine allgemeine Lohn-erhöhung von 3 Pfg. pro Stunde ein.

Für alle übrigen Lohngebiete ist mit Beginn des Vertrages eine allgemeine Lohnherabsetzung von 2 Pfg., und ab 1. Januar 1911 von einem weiteren Pfennig für die Stunde zu gewähren.

2. In den Lohngebieten, in welchen bisher Einheits-

Möhe bekanden, erhalten die Schiffen unter 20 Jahren keine Lohnausbesserung.

Zum Lohnausgleich wurde folgende Entscheidung getroffen:

Die durch § 3 des Entwurfs eines Reichstarifvertrages eintretenden Ausfälle an Lohnzuschlägen und Jahrgelddingungen werden dadurch ausgeglichen, daß:

- 1. Für Berlin eine sofortige Lohnherhöhung von 2 Pfa.,
- 2. für alle anderen Lohngebiete, in denen solche Ausfälle festgestellt werden, eine sofortige Lohnherhöhung von einem Pfennig eintritt.

Die Parteien haben nun über diese Schiedsprüche abzustimmen, bis zum 15. Januar muß die Erklärung erfolgen, ob sie angenommen oder abgelehnt sind. Je nach dieser Entscheidung wird sich zeigen, ob es im Malegewerbe zu einem Reichstarif kommt oder nicht. Wenn der Tarif auch noch keineswegs das Ideal zu einem Reichstarif darstellt, so würde die Annahme immerhin einen gewaltigen Fortschritt auf dem Gebiete des Tarifwesens darstellen.

Centrale Tarifverhandlungen im Baugewerbe. Auf Veranlassung des Untereisenverbandes Unterelbe fand eine Vertretung des Arbeiterverbandes und Unternehmerverbandes statt. Die Unternehmer erklärten sich damit einverstanden, daß in allen Dingen mit den Arbeitervertretern Verhandlungen geführt werden, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Unternehmer von den bekannnten Vertikalen des Arbeitgeberverbandes nicht abweisen würden. Dagegen erklärten sich die Arbeitervertreter. — Es wurde dann vereinbart, daß in dem Bezirk in der Zeit vom 7. bis 31. Januar die übrigen Verhandlungen stattfinden sollen. — Im ganzen Bezirk sind vorläufig ca. 27 Verhandlungen festgesetzt.

Die Ruhr-Bergarbeiter rüsten. Am Sonntag hielten weit über fünfzig Zahlstellen des Bergarbeiterverbandes im Ruhrgebiete Versammlungen ab, um zu dem Verbandsvorstand vorgeschlagene Extrabeträge Stellung zu nehmen. Soweit bis jetzt bei der Verbandsleitung bekannt geworden ist, ist der Vorschlag in allen Versammlungen einstimmig oder nahezu einstimmig gutgeheißen worden.

Sokales.

Sant, 11. Januar.

Fortbildungsschule. Für Erweiterung der Schülerschicht hat die oldenburgische Handelskammer auch in diesem Jahre einen Zuschuß gegeben, und zwar 50 Mark. — Der Unterricht der kaufmännischen Fortbildungsschule soll von vier auf sechs Stunden wöchentlich erweitert werden, welche Zahl von Unterrichtsstunden auch die Handwerkerlehrlinge haben. Leider herrscht in den Kreisen der maßgebenden Kaufleute für diese Erweiterung kein Interesse, so daß es noch fraglich erscheint, ob dieser Fortschritt hier gemacht wird. — Der erste diesjährige Unterhaltungsabend der Schule findet in Krüses Klubzimmer (Ecke Peter- und Wplandstraße) am Sonntag nachmittag, um 4 Uhr beginnend, statt. Die Eltern der Schüler sind ebenfalls eingeladen.

Eindbruch. In der Nacht zum Montag haben Eindrehler, die in hiesiger Gegend wieder fast alljährlich Spuren ihres Delictes hinterlassen, versucht, in das Hauptgeschäft des Konsumvereins vom Hof aus durch den Keller zu gelangen. Zunächst haben die Eindrehler das Fenster zu einem Keller eingeschlagen, in dem sich nur leere Fässer befanden. Als sie das Dachgitter vor einem anderen Kellerfenster fortgenommen hatten, fanden sie den Zugang durch Fensterbänke versperrt. Sie schlugen das Fenster ein und angetan etwa acht Pfälchen Glühwein, die sie mit der Hand erreichen konnten.

Bei einem Einbruchdiebstahl in der Filiale Tengelmanns Raffzugeschäft in Heppens sollen 800 Mark entwendet worden sein.

Wilhelmshaven, 11. Januar.

Die neue Marine-Waldanstalt ist am Freitag den 7. d. M. übergeben und in Betrieb gesetzt worden. Das Wohngebäude wurde in der Weihnachtswoche bereits übergeben. Am 16. September 1907 wurde mit den Erd- und Betonarbeiten begonnen und noch in demselben Jahre mit der Hochbauarbeiten des Wohngebäudes angefangen. Zur Fertigstellung der Gesamtanlage sind zwei Jahre und vier Monate benötigt worden, eine lange Zeit. In hygienischer sowie baulicher Hinsicht weist die neue Anlage außerordentliche Verbesserungen und Neuankömmlinge auf. Für gute Entwässerung und Lüftung ist durch große Entlüfter geforgt und da die Wassermaschinenhalle eine beträchtliche Höhe hat, ist es ausgeschlossen, daß die Frauen dauernd unter Qualm und Dunst zu leiden haben. Bäder, Aborte, Ankleide- und Speiseraum sind, ohne einen Schritt ins Freie machen zu müssen, zu erreichen — was in kalter Jahreszeit nicht zu unterschätzen ist — und zwar ist zu diesem Zweck ein Verbindungsgang hergestellt worden. Auch Heizer und Maschinen können, ohne ins Freie zu treten, Bad und Abort erreichen. Auf dem Trockenboden sind Schiebefußböden eingebaut, um die Wäsche schnell wieder trocknen zu können; gleichzeitig aber wird die Hitze auf dem Trockenboden ertöschlicher. (In der alten Anstalt war oft eine Hitze auf dem Trockenboden, die fast unerträglich war.) Die Beförderung der Wäsche zum Trockenboden geschieht mittels Fördertrahns. Im Mangelraum befinden sich zwei Dampfmaschinen, mit denen die Wäsche, die aus den Wassermaschinen kommt, geglättet und gleichzeitig auch trockengemangelt wird. In der alten Waldanstalt dienten noch immer Petroleumlampen zur Beleuchtung; in der neuen Anstalt wird jedoch Gasglühlicht (Wohrströmer) verwandt. Auch Telephonanlage hat die neue Anstalt erhalten.

Remede, 11. Januar.

Die Sozialdemokratie trägt die Schuld — am schlechtesten Wetter. Es wird uns geschrieben. Daß nicht nur für die Herren im „Gemeindevohl“, sondern auch für die alten Weiber in der Gemeinde die Sozialdemokraten der Inbegriff alles Schlimmen und daher schuld an allem Uebel sind, das

die Menschheit treffen kann, zeigt folgende kleine Straßenszene, die nicht erfunden ist, sondern sich wahrhaftig zugetragen hat. Wo neulich, als wenn die Menschheit mit einer neuen Sintflut gefloht werden sollte, mehrere Tage der Regen vom Himmel stieß, begegneten sich auf der Straße eine alte Frau und ein junges Mädchen, die sich kannten. Nach der üblichen Begrüßung sagte das junge Mädchen zu der alten Dame: „Was ist das doch immer für'n flecht Weer; de alle Regen nimmt doch goar keen Sinn mehr.“ „Ach so“, erwiderte die Frau, „dat segg man, mien Deern; aber so stark us lew Herrgott eben de Welt. De Menschheit is jo ganz verloom‘ mit all de veelen Sozialdemokraten.“ — Wo selbst am schlechtesten Wetter sind die Sozialdemokraten schuld!

Neuenroden, 11. Januar.

Gemeindegüter-Versammlung. Die Versammlung, die gestern abend aus Anlaß der Gemeinderatswahl stattfand, war gut besucht und verlief auf das Beste. Die Ausführungen des Referenten über die Notwendigkeit der Bereinigung der drei Gemeinden wurden von der großen Mehrheit der Versammelten beifällig aufgenommen. Gegner der Stadtreinigung nahmen an der Diskussion nicht teil. Der Vorsitzende des Reuender Bürgervereins, Herr Möhse, sprach für die Bereinigung und wiederlegte einige der kleintlichen Einwürfe, die gegen die Stadtbildung vorgebracht wurden.

Rüsterfel, 11. Januar.

Gemeindegüter-Versammlung. Um den Wählern zum Gemeinderat Gelegenheit zu geben, über die die Wahl so sehr beeinflussende Stadtreinigungstage sich zu unterrichten und auszusprechen, findet am Donnerstag im Rüsterfelder Hof eine Gemeindegüterversammlung statt, die einen guten Besuch erwarten läßt.

Aus dem Lande.

Oldenburg, 11. Januar.

Eine Agitationskour wird der sozialdemokratische Reichstagskandidat Gen. Stellung-Lübke vom 14. bis 23. Januar nach hier unternehmen. Die erste Versammlung findet im Forsten beim Wirt Holze am Freitag den 14. Januar, abends 8 Uhr, statt. Die übrigen Versammlungen werden morgen im Interentel bekannt gegeben.

Flexen, 11. Januar.

Eine Gemeinderatsitzung fand am Sonnabend den 8. d. M. statt. Die Einführung der Neu- resp. Wieder-gewählten fand, wie üblich, durch Verpfändung auf die Gemeindeordnung mittelst Handhahngs statt. — In die verschiedenen Kommissionen wurden die bisherigen Mitglieder derselben wiedergewählt. — Vom Gemeinderatsmitglied Waiske wurde beantragt, den Vereinen die gemachten Ausgaben anläßlich der Wählfeier des früheren Gemeindevorstehers, so z. B. 110 Mk. für Musik, für Fackeln u. zurückzuerstatten. Dieser Antrag fand trotz Wider-spruchs eines G.-M. gegen seine Zustimmung. Es wurden bis zu 500 Mk. bewilligt. — Beschlossen wurde ferner, an die obden. Eisenbahndirektion eine Beschwurde-schrift zu richten wegen der mangelnden Beleuchtung der Bahnhof-Flexen und Einswarden. — In erster Lesung wurde alsdann noch beschloffen, zur Verfestigung des Boovinger-Flexenwischweges Schladen zu verwenden.

Einwarden, 11. Januar.

Eine Parteiverammlung fand am 6. d. Mts. statt. Zunächst berichtete Genosse Pfleger über die kürzlich erfolgte Stadtratswahl. Er warnte davor, künftig wieder Kompromisse mit den Bürgerlichen einzugehen, da diese niemals den vereinbarten Stimmzettel abgeben. Hierauf sei es auch zurückzuführen, daß unser Genossen mit 6, 15 Stimmen unterlegen seien. Nach sei der Schlepper-dienst zu spät organisiert worden. — An den Bericht schloß sich eine Diskussion, in der angeführt wurde, daß manche Arbeiter sich durch die Wehrungen des früheren Amtsboden Meyer hätten dupieren lassen, indem dieser erklärte, wenn die Sozialdemokraten im Stadtparlament sitzen dann müßten mehr Steuern gezahlt werden. — Sodann berichtete unser Gemeindevorsteher über die stattgehabten Sitzungen des Gemeinderats. Er erwähnte dabei einige der Abänderung bedürftige Angelegenheiten. Nichts dürfe unterlassen werden, um bei künftigen Gemeinderatswahlen mehr Sitze zu gewinnen und die Arbeiter zur Abgabe ihrer Stimmen für unsere Kandidaten zu bewegen. Namentlich müßten die jungen Leute auf ihre Wahlrechtspflicht aufmerksam gemacht werden, damit sie ihres Wahlrechts nicht verlustig gehen. — Die Bildung eines Meißer-Bezirksfonds wurde abgelehnt, dagegen eine Meißer-Kommission von sieben Personen gewählt. In diese Kommission entsendet die Partei drei Genossen, und zwar Jungbändel, Aug. Niemann und Kurz. Den Gemeinshalten wurden vier Kommissionsmitglieder überlassen. Sollten die Bauarbeiter, die dem Rodenhamer Kartell angehören, eine Vertretung beanspruchen, so gibt die Partei ein Mandat an die Maurer ab. — Die Bibliothekskommission schlug vor, die Bücherausgabe an jedem ersten und dritten Montag im Monat von 8 bis 9 Uhr abends vorzunehmen. Diefem Vorschlag wurde zugestimmt. — Beschlossen wurde, am 20. März einen Strzelewicz-Abend abzuhalten, wenn die Strzelewicz-Gesellschaft für diesen Tag zu haben ist. — Nachdem noch bekannt gegeben worden war, daß die nächste Versammlung sich mit der Feuerwehr- und Bürgervereinsfrage beschäftigen wird, hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Aus aller Welt.

Von der Luftschiffahrt. Laifam hat einen neuen Flughöhenrekord auf dem Lagerplatz von Chalons geschaffen. Bei herrlichem Wetter erhob sich der famose Antoinetteflieger 2 Uhr 25 Minuten in die Luft und stieg, indem er die Richtung nach Chalons einschlug, allmählich 600 Meter hoch. In sehr regelmäßigem Fluge beschrieb der Pilot eine breite Achtfigur und erhob sich dann um weitere 100 Meter.

Einem Geier gleich, der seine Beute verfolgt, senkte sich der Gindker auf Mourmelon zu, kletterte während einiger Augen-blicke über dieser Ortshöhe und setzte, langsam der Erde zu schwebend, wieder nach dem Herobrom zurück. 3 Uhr 5 Min. schwebend, wieder unter Operationen der Luft. Der herrliche Flug hatte 40 Minuten gedauert. Das Barometer, der herrliche Flug hatte 40 Minuten gedauert. Das Barometer, das Laifam mit sich führte, hat 1050 bis 1100 Meter Höhe registriert. Der Rekord dürfte aber, obwohl er auch von Offizieren kontrolliert wurde, kaum anerkannt werden, da kein Kommissar des Herobros dem Aufstieg beizuhelfe.

Der „Gotteslästerer“ Strzelewicz. Das vorchristlichmähly Mergernis spielte eine Rolle in einer Verhandlung wegen Gotteslästerung gegen den bekannnten Genossen Bols-lans Strzelewicz, die am 6. Januar vor der dritten Straf-kammer des Landgerichts II in Berlin verhandelt wurde. In der Wohnung des Angeklagten war eines Tages ein Herr erschienen, der sich seiner Frau als Freund und Ge-nosse des Mannes vorstellte und hat, Strzelewicz möge in einem geschlossenen Vereine von Gesinnungsgenossen einige Nieder vortragen. Er hat sich ein Heft der in Betrachtkommenden Texte aus und erhielt 11 der von Strzelewicz herausgegebenen Sammlung von Liedern, Couplets usw. Mit einem Grube an ihren Mann verabschiedete sich ein Fremde von Frau Strzelewicz, ließ aber nichts weiter von sich hören. Nach einiger Zeit erfolgte eine Anklage wegen Gotteslästerung, weil ein Voltgefehrte Krafft, in dessen Hände das Heft durch den geheimnisvollen Freund gekommen war, an drei Stellen Mergernis genommen hatte. In der Verhandlung bestritt der Angeklagte, sich inhaltlich gemacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine führte aus, daß hier weder eine öffentliche Verkündung noch eine Beschimpfung und Äußerung Gottes vorliege. Spott sei noch keine Lästerung, dieser Spott aber wenn sich auch ausschließlich gegen Menschen, die den Gottesglauben zum Dedamant egoistischer Zwecke verwendeten und gegen ihre niedrige Auffassung. Das Gericht wollte aber doch in zwei Gedächtnisse eine Gotteslästerung erblicken, nahm auch die Dessenlichkeit der Handlung an und erkannte auf zwei Monate Gefängnis.

Einsturz eines Krankenhauses. Von einem überaus traglichen Gescheh ist die liebliche Bergstadt Raib in Amden betroffen worden. Am Sonnabend 12 1/2 Uhr mittags hörten die Bewohner Raibles eine ungeheure Detonation. Unter donnerähnlichem Krachen erfolgte vor ihren Augen der Einsturz des Westspitals. Auf einer Fläche von über hundert Quadratmetern trat sich die Erde auf, und das Gebäude begann in die Tiefe zu rutschen, als sich die riesige Pflanze — so heißen in der Bergmannsprache fastelförmige Eingänge — bildete, neigte sich das Haus zur Seite. Im Nu stand es tief in der Erde, und im nächsten Moment folgte ein weiteres Weichen des Bodens. Das Spital stürzte nun wie ein Krankenhaus zusammen und verfiel in einer Zeit von hundert Metern. Ein Kranke, der im Krankenhaus weilte, konnte sich während des nur Sekunden dauernden Sturzes durch einen Sprung aus dem Fenster retten. Wohl hat alle im Hause anwesenden Personen der Schland ne-schulungen: den Arzt Dr. Wolff, seine junge Frau, das wenige Monate alte Kind der Krankenschwester Langheller, eine pensionierte Genbarm, dessen Frau, zwei Krankenwärterinnen. Diese Unglücklichen wurden von Hausrümern erschlagen und wenn durch Zufall eine oder die andere Personlichkeit noch lebend in die Tiefe kam, von nachfließendem Wasser ertränkt. — Der Einsturz erfolgte, als sich der Arzt mit seiner Frau zum Mittagessen setzte. Im Krankenhaus waren glücklicherweise keine Patienten anwesend. Die Ursache des Unglücks ist nach den neuesten Feststellungen folgende: Bergarbeiter brachten einen Erben, der sich unterhalb des Westspitals befindet, durch einen Sprengschlag zum Einsturz. Der Abbau wurde durch die Gewalt der Detonation niebergeworfen, und das Haus stürzte dann nach. Die Arbeiter im Bergwerk selbst haben sich glücklicherweise durch die Flucht in Sicherheit gebracht. Bisher konnte noch niemand in ge-wisser Ausdehnung und im freien kampieren, da sie sich wegen der Einsturzgefahr nicht in die Wohnungen wagen. Militär und Bergbarmeri sperren die Stelle ab und nahmen in der Dristhaft, wo einige Häuser bedenkliche Sprünge aufwiesen, Sitzungen vor; aus einem Hause in der Umgebung des Spitals mußten die Bewohner wegen dringender Einsturzgefahr sofort evakuiert werden. Die Ortsbewohner wagen nicht, in die Häuser zurückzugehen, da weitere Einstürze befürchtet werden. — Unter dem Orte Raib ziehen sich die Schächte des staalichen Erzbergbaues sowie die des Grafen Fendel v. Dommersdorf hin. Das eingestürzte Spital stand auf staalichen Abbauräumen.

Arbeitererlöste. Bei der Explosion in einem Walzwerk zu Langelsche in Weßfalen wurden die Arbeiter schwer verbrannt. Zwei starben im Krankenhaus, während bei Befinden der beiden anderen hoffnungslos ist.

Versammlungs-Kalender.

Donnerstag den 12. Januar.
Rättingen-Wilhelmshaven.
J. N. Guttempler-Voge Nordstrand. Abends 8 1/2 Uhr bei Raib.

Schiffahrts-Nachrichten.

am 10. Januar.
Telegraphen des Norddeutschen Lloyd.
Wald. Wagen, nach Brailien, gestern in Santos angekommen.
Wald. Berlin, heute von Gibraltar nach Remort abgegangen.
Schneid. Kaiser Wilhelm II., von Newport, heute u. Überweg.
Wald. Rieft, von Ostafrika, heute in Kurland angekommen.
Wald. Rönig, von Galesien, heute St. Catharines passiert.
Wald. Prinz Heinrich, nach Australien, heute von Southampton.
Wald. Schwaben, nach Australien, gestern von Durban ab.
Wald. Thüringen, von Australien, heute Düsseldorf passiert.
Wald. Weßfalen, nach Australien, heute Düsseldorf passiert.
Wald. Bieten, nach Newport, heute Harb passiert.

Schwaifer.

Donnerstag, 12. Januar: vormittags 1.34, nachmittags 2.0

★ Feuilleton. ★

„Soldaten sein schön!“

Bilder aus Apatern und Lazarett. Von Carl Fischer.
(34. Fortsetzung.)

im Hemd vor Bornemann und drängte ihn zurück. Die Volter den Kranken außer Bett mit seinem Kameraden ringen sah, ließ er seine Wunde bluten, sprang gleich hinzu und suchte Bornemann zu unterstützen.

Ein heftiges Ringen entstand. Beide Schüler leuchteten vor Anstrengung. Volter hätte gern Hilfe herbeigerufen, aber diese Situation gebot ihm, das Zimmer nicht zu verlassen.

Beide fühlten den ausgebrochenen Wahnsinn des Kranken, der sie mit ungeheiliger Kraft bis in die Mitte der Stube gedrängt hatte. Schwer leuchtete auch der Kranke und kratzte sich mit den Händen in die Kleider seiner Pfleger ein.

Wählig durchfuhr ein krampfhaftes Zucken den Gesangenen. Mit Aufbietung seiner letzten Kräfte flammerte er sich an die Schüler und mit einem matten Aufschrei brach er zusammen.

Einen Augenblick standen die zwei Sanitätsjoldaten wie festgebannet. Tief holtten sie nach der Anstrengung Atem. Volter war der erste, der wieder völlig zur Besinnung kam. Rasch entschlossen sah er den Kranken an — Bornemann half ihm — und zusammen trugen sie ihn auf sein Lager zurück.

Volter suchte gleich nach dem Pulsschlag — aber vergebens. Sein Atem hatte aufgehört.

„Nenne sofort zum Arzt, einerlei zu welchem und melde ihm den Tod!“ rief Volter den bleichen Gesichtes dastehenden Bornemann zu, der sich eben den Schweiß von seinen Wangen wuschte.

So ereignisreich das Lazarettleben für die Sanitätsjoldaten auch war, verging ihnen die Zeit doch noch zu langsam. Oft wurden am Refektorienende die noch zu dienenden Tage gezählt. Für alle war es nach jeder Woche ein großes Fest, wenn wieder für sieben Tage zugewiebt wurde. Das Akleamt war eine besondere Vertrauensstellung, zu der Bornemann, einstimmig gewählt worden war. Das Kalendarium hatte die Form eines Refektoriums, auf die genau das Bild eines buntdruckten Refektoriums paßte. Dieses Bild hatte Bornemann im Besitz, und waren wieder sieben Tage vergangen, schnitt er ein Stück von der Figur ab und klebte es auf den Kalender. Bei dieser Feierlichkeit waren selbstverständlich die meisten Schüler anwesend.

Der Kopf und die Brust prangten schon in herrlichen Farben auf dem Kalender an der Wand. Ein Stück vom betroffenen Refektorienstück war auch schon zu sehen.

Bornemann schmunzelte, sobald er einen Blick auf die halbe Figur warf. Dabei dachte er an den Tag der Abreise aus der Garnisonstadt, in die Heimat — Hamburg! Die Eide! Das Meer! Den Juliurlaub wollte er sich schon zwei Monate vorher schiden lassen und in sein Spind hängen, um ihn jeden Tag vor Augen zu haben. Jeden Abend vor dem Schlafengehen wollte er dann einen Blick auf sein Heiligum werfen, um richtig einschlafen zu können. „Heusch!“ Sonapp! Du brauchst dir natürlich deinen Juliurlaub schiden zu lassen. Du bleibst doch hier! Bei dir heißt es doch: Parole ewig!

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Zum Ursprung des Sozialistengesetzes.

Bismarck hat, wie man weiß, das Verbrechen des Sozialistengesetzes begangen, um die Liberalen zu sprengen und die schützlerische Umkehr in der Wirtschaftspolitik zu ermöglichen. Aus dem eben erschienenen Benninghens-Werk Hermann Onlens geht mit völliger Klarheit hervor, daß sich die Liberalen durchaus dieses Bismarck'schen Zwecks bewußt waren, daß sie aber gerade deshalb, um sich nicht „auszuschalten“ zu lassen, das Verbrechen begehen halfen. Der erste Entwurf des Gesetzes war vom Reichstag mit Hilfe der Liberalen abgelehnt worden. Das hatte Bismarck vorzugesehen und gewollt, um der Liberalen Einfluß zu brechen. Der Reichstag wurde aufgelöst. Als die Liberalen erkannten, was Bismarck bezweckte, bekehrten sie sich zur Durchbrechung des ersten liberalen Grundgesetzes, des gleichen Rechts, das Benninghens noch im Frühjahr 1878 im Reichstag pathetisch verteidigt hatte. Benninghens war der Kuppel des liberalen Umfalls. Er piß die oppositionelle liberale Presse zurück, und er brachte den Lasterfächer Hägel der Partei, der dem Ausnahmegereset widerstrebt, in die Minderheit. Die Grundfrage des Liberalismus war für ihn nur noch eine taktische Erwägung parlamentarischen Schadens. Unmittelbar vor Beginn der Beratung war sich Benninghens noch im unklaren über seine endgültige Stellung. Man werde sich, schreibt er am 15. September 1878 an seine Frau, bei der ersten Lesung möglichst reserviert halten, „da wir noch gar nicht wissen, was Bismarck eigentlich will, d. h. ob es ihm darum zu tun ist, ein Sozialistengesetz zu bringen oder „uns an die Wand zu drücken“, wie sein beliebter Ausdruck sein soll. Bei der zweiten Beratung beachtliche ich zu reden. Eine charakteristische Anekdote in dieser Richtung wird aber hier erzählt. Als er in Friedrichshagen die Nachricht vom Rübilingischen Attentat erhielt, sah er in Gegenwart eines zum Besuch anwesenden höheren Beamten ausgerufen haben: „Jetzt habe ich die Rechte!“ und zur Erklärung für den etwas verwundert aussehenden Beamten hinzugefügt haben: „Ich meine die Nationalliberalen!“ — Am 9. Oktober kann dann Benninghens bereits Bismarck mitteilen, daß die Fraktion bereit, sei, „unter wiederholtem starken Druck metereits“.

Die Beerdigung eines Königs ohne geistlichen Beistand.

Anlässlich der mancherlei Bedenken, die die Haltung des belgischen Alexus beim Tode Leopolds II. verursacht hat, erzählt die liberale „Independance Belge“ eine sehr interessante Geschichte vom Tode des letzten legitimen Königs, der auf einem französischen Thronen gesessen ist. Als Ludwig XVIII. auf dem Sterbebette lag (1824), bemühte sich seine Nichte, die Herzogin von Angoulême, vergeblich, ihn zum Beistand und zur Annahme der letzten Ölung zu bestimmen. Er weigerte sich standhaft. Man ging soweit, seine Nichte, Frau v. Capla, zu ihm zu schicken, aber auch sie erreichte nichts als eine Anweisung auf 800000 Fr., die ihr auch ausbezahlt wurden. Als am nahen Tode dann nicht mehr zu zweifeln war, verordnete es die Herzogin noch einmal. Der König aber antwortete auf ihre Betörung der Pficht eines „allerchristlichsten Königs“, wie der Titel lautete: „Gerade, weil ich mein Leben lang als König diese Romdie habe spielen müssen, will ich jetzt, wo der Vorhang fällt, als Mensch nach meiner eigenen Neigung handeln“. Einen oder zwei Tage danach, als der Erzbischof von Paris Einlass begehrte, rief der König, der darin eine Veranstaltung seiner frommen Nichte witterte, erregt: „Diese schwarze Komodie darf nicht bereinigt werden!“ Er starb tatsächlich, ohne sich mit dem Himmel ausgegibt zu haben. Daher blieb die Geistlichkeit seinem Leidenbegänis fern. Dem Volke wurde irgend ein äußerlicher Vorwand als Grund dafür angegeben, aber in verschiedenen Darstellungen, neuestens in den längst erschienenen Memoiren des Chevalier de Cussy ist der wahre Grund angegeben. So war das Ende des letzten im legitimen Bette gestorbenen Königs keineswegs erbaulich. Seine Nachfolger starben bekanntlich alle in der Verbannung.

Humor und Satire.

Elterlich. Gatte: Heute habe ich einem jungen Mädchen das Leben gerettet... ich habe es aus dem Wasser gezogen! — Gattin: Schämst dich net, du alter Esel!

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Sie erscheint wöchentlich und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporture zum Preise von 25 Mt. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann derselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probnummern liegen jederzeit zur Verfügung. — Aus dem Inhalt seien hier hervor: Ein ebrlicher Galsen. — Das Halli-Zwangssymbol. Von M. Radimow. — Aus einem Ideenreichtum. „Wahrheit“ von Julius Rubins. — Unterjochende in der deutschen Marine. Von Carl Habel. — Lebensvorstellung der unteren Schichten in China. Von Oberin (Stuttgart). — Literarisches Rundschau: Professor Dr. August Fournier, Wie wie zu Rosinen kamen. Von Carl Habel. Alexander Bergengrün, August Frisner von der Speck. Von Hermann Wendel. — Notizen: Jugendanschläge oder Jugendorganisationen? Von Franz Krüger, Königsberg L. Pr. — Zeitschriftenhau.

Reinleiden, Krampfadern, Unterhosenleishwürme (offene Beine, Rindbeine, Beinwunden, trockene Füße, Salzlack), ihre Ursachen, Erscheinungen, Verhütung und naturgemäße Behandlung. Nach dem neuesten wissenschaftlichen Standpunkte, sowie nach eigenen reichen Erfahrungen dargestellt von Dr. med. Röhner (30 Mt.). Preis 1/2 M. Holsteinschuhhandlung Edmund Demme. — Reinleiden, Krampfadern, Unterhosenleishwürme haben meistens einen gemeinsamen Ursprung in dem erkrankten, gestörten Rückfluß des Blutes in den Venen. Diese im Volksunde als offene Beine, Beinwunden, auch als trockene Füße oder Salzlack bezeichneten Kränkheiten, harnigen oft in ihrem Verlaufe lebensbedrohenden Uebel lassen sich in ihrer Entstehung meist zurückführen auf Krampfadern, Blutverstopfungen um. Krampfadern und als deren Folgezustand Beinleishwürme gehören zu jenen Leiden, deren Entstehung man ruhig zuhört und jahrelang erträgt, bis es meist zu einer erfolgreichen Bekämpfung und Verhinderung ihrer Folgezustände zu spät ist. Verfaller zeigt in gründlicher Weise, wie alle diese Leiden entstehen, wie sie verhütet und wenn schon vorhanden, möglichst beseitigt werden können, so daß die Letztere der billigen Schrift empfohlen werden kann.

Die chronische Darmwunde, das Grundübel des Kulturmenschen, ihr Einfluß auf alle Körperfunktionen und ihre Heilung. Von Dr. med. Vagelowski. Preis 80 Pfg. 7. Aufl. Verlag von Edmund Demme, Leipzig. — Die chronische Darmwunde oder Stuhlverstopfung ist das am meisten verbreitete Uebel und die dadurch hervorgerufene Verunreinigung des Blutes die Grundursache der meisten Leiden; Leber, Nieren, Herz, Krämpfe, Ohrenschmerzen, Gicht, Rheumatismus, Zuckerkrankheit, Festsucht, Herpes und Mierreieiden, Hämorrhoiden, alle Atonie um. entstehen nur, wenn der Darm krank geworden ist, ebenso haben die meisten Magenkrankheiten die Ursache in trüger Funktion des Darmes, und nur dann sind genannte Krankheiten zu heilen, wenn die Schäden, welche zur Verunreinigung des Blutes führen, aus dem Körper entfernt werden. Wie dieses möglich ist und die Darmwunde zu beheben, lehrt das billige Buchchen.

Der Bibliothekar, Monatschrift für Arbeiterbibliotheken. Nr. 1 ist erschienen. Preis vierteljährlich 30 Pfg. bei freier Zustellung.

Man spart
Kosten, Zeit und Arbeit
durch Benützung unserer Annoncen-Expedition, selbst wenn es sich nur um eine Gelegenheits-Anzeige, ein Gesuch oder ein Angebot handelt, das in einer oder mehreren Zeitungen veröffentlicht werden soll.
Annoncen-Expedition Rudolf Massa.

Bekanntmachung
betreffend die Auswahl der Hälfte der Mitglieder des Gemeinderats.
Von dem unterzeichneten Gemeindevorstande wird bekannt gemacht:

Die Wahl findet am **Sonntag, den 15. Januar 1910** statt.
Es sind drei Wahlbezirke gebildet und zwar gehört zum 1. Bezirk der südliche des Eisenbahn-Dammes belegene Gemeindegelände; der 2. Bezirk umfasst den Gemeindegelände nördlich des Eisenbahn-Dammes und westlich der Mittellinie der Schillerstr. einschließlich der Häuser Wilhelmshavener Straße 45 und 52, während der 3. Bezirk aus dem Gemeindegelände nördlich des Eisenbahn-Dammes und östlich der Mittellinie der Schillerstraße einschließlich der Häuser Wilhelmshavener Straße 43 und 50 gebildet ist.

Als Wahllokale werden bestimmt für die Wähler (Nichtbesitzer) des 1. Bezirkes das Lokal des Wirtes Fischer (Oben), Nordstraße 24, für den 2. Bezirk das Lokal des Wirtes H. Sulzbauer (Kolofurm) und für den 3. Bezirk das Lokal des Wirtes Palmelan, Grenzstraße 38.
Sämtliche Grundbesitzer wählen im Rathausrestaurant.

Aus dem Gemeinderate scheiden aus bzw. sind ausgeschieden die Herren:

- a) Grundbesitzer:
Bremer, Wilhelm, Fabrikant.
Post, Otto, Maurermeister.
Herrsch, Wilhelm, Gastwirt.
Harms, Wilhelm, Bauaufseher.
Hug, Paul, Buchdruckerbesitzer.
Wreeke, Johann, Tischler.
Bartels, Nikolaus, Zimmermann.
Herbermann, Josef, Kaufmann.

- b) Nichtbesitzer:
Siebel, Robert, Tischler.
Carstensen, Hans, Kassierer.
Jacob, H., Redakteur.

Zu wählen sind für die Herren Bremer und Post Ergänzungsmitglieder aus Grundbesitzer auf 2 Jahre, im übrigen sind Neuwahlen auf 4 Jahre vorzunehmen.

Bei der Wahl ist zu berücksichtigen, daß mindestens 1/3 der Mitglieder aus zu dem im Sinne des Art. 11 der Gemeindeordnung wählbaren Grundbesitzer gehören müssen. Die Ausgehenden können wiedergewählt werden.

Wit der Wahlhandlung wird am gedachten Tage vormittags 11 Uhr und mit dem Ziehen der Stimmzettel abends 8 Uhr begonnen. Nach 8 Uhr können Stimmzettel nicht mehr abgegeben werden.

Das Wahlprotokoll wird mit den Stimmlisten 7 Tage lang nach dem Wahltag im Rathaus, Zimmer Nr. 4, zur öffentlichen Einsicht ausliegen.

Bant, den 29. Dezbr. 1909.
Der Gemeindevorsteher.
Braft.

Bekanntmachung.

Ein Fahrrad ist als gefunden abgeliefert worden.

Reuende, den 7. Januar 1910.
Der Gemeindevorstand.
S. Janßen.

Zu vermieten

zum 1. April drei- und vierzählige Wohnungen mit Stall, Keller und Gartenland.
J. B. Mörs, Genossenschaftstr. 56

Zu vermieten

eine schöne vierzählige abgeschlossene 1. Etagenwohnung mit Stall und Keller. Desgleichen eine sechszählige Wohnung im Erdgesch. Auskunft Grenzstraße 78, u. r.

Wier. Obertwohnung zu 1. Febr. oder später für 18.75 Mk. zu verm. Banter Str. 14, nahe Bahnh. Wth.

Oldenburg. Gesucht zu Ostem oder früher ein

Walterlehrling.

Derfelbe kann im Winter unentgeltl. außer der städt. Fortbildungsschule auch die Walterlehrlingschule mit besuchen.

J. A. Ehlers, Walterstr., Mühlstr. 1.



Pilo
Das beste Schuhputzmittel.
Verlangen Sie nur Pilo.

Piceadon

vorzügliches Haarwasser zur Förderung des Haarwuchses, gegen Haarausfall und zur Entfernung der lästigen Kopfschuppen. Zu haben bei

Elise Morisse

Bant, Wilhelmsh. Straße 2, 2. Etage.
Eingang neben dem Geschäftsladen des Herrn S. Janover.



Der Verkauf frischer Nordseefische

am Hafen (Rönlgröhe) beginnt **Mittwoch** morgen 8 1/2 Uhr. — direkt vom Dampfer geladht. —

- Preise: —
Schellfische Pfd. 15, 20, 25, 30 35 s
Schollen Pfd. 25, 30 s
Rotzungen Pfd. 30, 40 s
Knuhrhahn Pfd. 20 s
Seelachs Pfd. 15, 20 s



HANSA
Puddingpulver
ist das Beste!
Nährmittel-Fabrik „Hansa“
Hamburg.
Für 50 „Hansa“-Dosen erhalten Sie eine Dose H. Kaker gratis.

:: Greizol ::

das beste Waschmittel der Gegenwart, wird von keinem Konkurrenzmittel erreicht. Paket 10 Pf. Vertreter:

H Deumer, Neuende
Verf. Bismarckstr. 36.

Gesucht einige tüchtige **Bauarbeiter**

J. Ferdinands, Bau-, Baugeschäft.

Zwei Gesucht auf sofort oder zu Ostern **ein Schmiedelehrling.**

Ant. Aldag.

Gesucht **Klavierspieler** oder **Violinist.**

Central-Café,
Ede Grenz- u. Börsenstr.

Zwei Frauen gesucht für Bau reingen.

Kr. Kühn, Schillerstr. 13.
.. Kastebe. ..
Suche einen Lehrling für meine Zimmerei u. Bauhilfserei zu Ostern d. Js.
D. G. Subren.

Ausweis der Oldenburgischen Landesbank

mit Filialen in . . .
Orste, Burg a. F., Burgdamm, Estin, Varel, Verha, Vegehad und Wilhelmshaven.

vom 31. Dezbr. 1909.

Activa.

Kassenbestand	578 936,05 Mk.
Umsatz	7 766 089,81 "
Effekten	2 820 566,89 "
Conto-Corrent-Debitoren	26 737 353,70 "
Belegungs-Conto	15 050 000,— "
Baugebäude und Safes-Anlagen	278 950,70 "
Nicht eingeforderte 60 Prozent des Aktien-Kapitals	1 800 000,— "
Diverse	634 798,21 "
55 666 695,36 Mk.	

Passiva.

Aktien-Kapital	3 000 000,— Mk.
Reservefonds	677 311,13 "
Einlagen:	
Regierungsgelder u. Ent-lagen öffentlicher Stellen	12 358 957,44 Mk.
Einlagen von Privaten	31 046 478,06 "
Einlagen auf Check-Conto	4 155 222,94 "
Conto-Corrent-Creditoren	1 953 057,94 "
Diverse	2 475 067,85 "
55 666 695,36 Mk.	

Oldenburgische Landesbank.
Merkel. tom Dieck.

Im Inventur-Ausverkauf!
Selten günstiges Angebot!
Ein Kasten farbiger leicht angefeuchteter Musseline- und Wollblusen weit unter Preis.
Serie 1 jede Bluse Mk. 3.75, sonst bis Mk. 9.00
Serie 2 " " " 4.75, " " " 14.50
Serie 3 " " " 5.75, " " " 16.50
H. F. Huismann
Koenigsstraße 101.

Freie Turnerschaft Varel.
Vortänfige Anzeige!
Die grosse Volks-Maskerade
— findet statt am —
Freitag den 25. Febr. im Hotel Schütting,
Doppeltes Orchester. Näh. noch im Hauptintert.

Morgen beginnt
nach beendetem Inventur mein diesjähriger Ausverkauf zurückgesetzter Waren in Glas, Majolika, Steingut und Porzellan.
Die Auslagen in den Schaufenstern, sowie die Sonderausstellung in der ersten Etage halte zur Besichtigung bestens empfohlen. Die Preise hierfür sind bedeutend ermäßigt.
August Schmidt
Marktstrasse 13.

Billet-Blocks
.. mit Aufschrift „Einlaßkarte“ ..
nummeriert von 1 bis 500 . . . Preis pro Block 60 Pf.
.. mit Aufschrift „Garderobe“ ..
doppelt nummeriert von 1 bis 500, Preis pro Block 75 Pf.
Mit Firmen-Eindruck erhöht sich der Preis eines Blocks um 15 Pf. — Bestellungen nehmen entgegen
Paul Hug & Co., Bant.

Sande-Sanderbisch.
Besonders empfohlen halte meine gemähtlichen Lokalitäten zu
Kohlpattien

Speisen und Getränke in jeder Auswahl zu zillen Preisen bei ausnehmender Bedienung.
Felix Albrecht.



Heute abend 6 Uhr feilich eintrifft.
Schellfisch, Seelachs, Goldbarsch, Karbonade.
S. Feldhufens Wurdleediffahalle, Grenzstr. 7
Telephon 709.

Einwarden.
1 Wiener Hausharmonika, zweifach, mit Stahlböden,
23 Stück doppelte Platten für Schreibmaschinen, wenig gebraucht, billig zu verkaufen.
Poststraße 28, 1. Et.

Billig zu verkaufen
ein echter schwarzer Käufigebundel
Rindstraße 17, 1. Etage.

Georg Buddenberg
Buchhandlung :: Buchbinderei
Schreibmaterialien - Handlung,
Beterstr. 30 Bant Schillerstr. 15
Telephon Nr. 548
Lieferung sämtl. Zeitschriften und Modejournale.
Beste u. billigste Bezugsquelle f. Privat- u. Vereinsbibliotheken.
Anfertigung von Rautenstempeln, Beitragsmarken, Vereinsabzeichen aller Art, schnell.
Großes Lager in Kassetten- und Künstlerpostkarten.
Reiche Auswahl in Großbüchern politischen und geographischen Inhalts.
Einrahmung von Bildern und Brautkränzen unter Garantie standhaft.

Zu verkaufen
zwei Schweine zum Weiterfüttern, ferner eine junge milchgebende Ziege und Hühner.
Banter Weg 5.

Fahrräder
emailiert, vernickelt u. repariert
sauber und billig
Wolff Eden, Mechaniker, Bant
.. Mittelstraße. ..

Eier! Eier!
leben eingetroffen,
per Stiege 1.30, 1.40 u. 1.50 Mk.

Berenthal.
Wilhelmshavener Straße.
vis-à-vis Gebr. Vessers.

Wafulatur
haben abzugeben
Paul Hug & Co.

Transvertable
Akkumulatoren - Batterien
werden sauber u. billig geladen.
Reparatur z. Selbstkostenpreis.
Sadawassers Elektrizitätswerk
Oppens, Gdterstraße.

+ Hilfe +
gegen Periodenstörungen, erfolgt.
Frauen wenden sich vertrauensvoll an
Arth. Hohenstein, Berlin-Hallensee
Rüdporto erbeten.

Witwe sucht Stellung als Haushälterin
zum 1. oder 15. Februar. Offerten an die Exped. d. Bl. erbeten.